Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. **Abonnementspreis** durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition: **Leipzig** Zeitzer Strasse 32, IV., Volkshaus Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen. „Der Steinarbeiter" ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 7. **Sonnabend, den 15. Februar 1908.** **12. Jahrgang.**

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Entwurf eines Gesetzes über Arbeitskammern. — Arbeitskammern. — Die Arbeiterfrage in der dritten Duma. — Auf dem Wege zu einem Einheitstarif für die Steinsetzer. — Eine „besonders" arbeiterfreundliche Firma. — Bericht von der Konferenz des 5. Gaues. — Korrespondenzen. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Zur Kandidatenliste. — Vorwärts. — Rundschau. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressenänderungen. — Quittung. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Wirtschaftliche Rundschau. — Die christlichen Gewerkschaften als Schutztruppe der politischen Reaktion. I. — Auch ein Haushaltungsbudget. — Zur Arbeitslosenunterstützung. — Zu den Unterstützungseinrichtungen. — Korrespondenzen.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperrt sind: Limbricht bei Beuel: Die Firma Lürges. Meißen: Die Firma Köhler. Jena: Firma Konradus.

Becke. Die Steinbrüche der Gummersbacher Grauwacke-Gesellschaft zu Becke und Frömmersbach im Rheinland sind gesperrt.

Unsen. Wegen Maßregelung der hiesigen Steinmetzen ist der Zuzug streng fernzuhalten. Die Firma Wellhausen sucht Steinmetzen im Deutschen Arbeitsmarkt. Einheimische werden dagegen nicht eingestellt. Die Firma versucht auch italienische Kollegen anzuwerben.

Königslutter. Der Streik dauert unverändert fort.

Königsbrück. Zuzug nach hier ist streng fernzuhalten. Die Tarifverhandlungen sind im Gange.

Seebergen. Bei der Firma Walther und Hartmann haben die Kollegen die Arbeit eingestellt.

Wildemann. Die Firma Siechheim ist gesperrt. Wahrscheinlich werden italienische Steinarbeiter herangezogen. Wir bitten, daß die italienischen Kollegen auf vorstehende Notiz aufmerksam gemacht werden.

Herford. Der Kirchenneubau, ausgeführt durch A. Lüdecke, ist gesperrt.

Wirsberg (Fichtelgebirge). Für Granitarbeiter gesperrt.

Entwurf eines Gesetzes über Arbeitskammern.

Nachstehend geben wir die wichtigsten Bestimmungen des vor etlichen Tagen im Reichsanzeiger veröffentlichten Entwurfs bekannt.

1. Errichtung, Aufgaben und Zusammensetzung der Arbeitskammern.

§ 1. Für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines oder mehrerer Gewerbezweige sind in Anlehnung an die Einteilung und die Bezirke der gewerblichen Berufsgenossenschaften Arbeitskammern zu errichten. Die Arbeitskammern sind rechtsfähig.

§ 2. Die Arbeitskammern sind berufen, den wirtschaftlichen Frieden zu pflegen. Sie sollen die gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der in ihnen vertretenen Gewerbezweige sowie die auf dem gleichen Gebiete liegenden besonderen Interessen der beteiligten Arbeitnehmer wahrnehmen.

§ 3. Insonderheit gehört zu den Aufgaben der Arbeitskammern: 1. ein gedeihliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu fördern; 2. die Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung der in § 2 bezeichneten Interessen durch tatsächliche Mitteilung und Erstattung von Gutachten zu unterstützen. Sie sind befugt, Erhebungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in ihnen vertretenen Gewerbezweige in ihrem Bezirke zu veranstalten und bei solchen mitzuwirken. Auf Ansuchen der Staats- und Gemeindebehörden haben sie Gutachten zu erstatten über a) den Erlaß von Vorschriften gemäß § 105d, 105e Absatz 1, § 120e, 139a, 154 Absatz 4 der Gewerbeordnung, b) die in ihrem Bezirke für die Auslegung von Verträgen und für die Erfüllung von Verbindlichkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehende Verkehrssitte; 3. Wünsche und Anträge, die ihre Angelegenheiten (§ 2) berühren, zu beraten; 4. Veranstaltungen und Maßnahmen, die die Hebung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeitnehmer zum Zwecke haben, anzuregen und auf Antrag der Vertreter der hierfür getroffenen Einrichtungen an deren Verwaltung mitzuwirken.

§ 4. Die Arbeitskammern sind befugt, innerhalb ihres Wirkungskreises (§ 2, 3) Anträge an Behörden, an Vertretungen von Kommunalverbänden und an die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesstaaten oder des Reichs zu richten.

§ 5. Angelegenheiten, die lediglich die Verhältnisse einzelner Betriebe betreffen, dürfen, vorbehaltlich der Bestimmungen im § 6, nicht in den Bereich der Tätigkeit der Arbeitskammern einbezogen werden.

§ 6. Die Arbeitskammern können bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der in ihnen vertretenen Gewerbezweige über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses als Einigungsamt angerufen werden, wenn es an einem hierfür zuständigen Gewerbegericht fehlt oder die beteiligten Arbeitnehmer in den Bezirken mehrerer Gewerbegerichte beschäftigt sind oder wenn die Einigungsverhandlungen bei dem zuständigen Gewerbegericht erfolglos verlaufen sind.

§ 7 behandelt die Kategorien der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die unter das Gesetz fallen sollen.

§ 8 betrifft die Befugnisse des Bundesrats bei Errichtung der Arbeitskammern.

§ 9. Für jede Arbeitskammer sind ein Vorsitzender und mindestens ein Stellvertreter, sowie die erforderliche Zahl von Mitgliedern zu berufen. Der Vorsitzende und seine Stellvertreter dürfen weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein. Sie werden von der Aufsichtsbehörde ernannt.

§ 10. Die Mitglieder der Arbeitskammern und der Abteilungen sowie ihre Ersatzmänner müssen zur Hälfte aus den Arbeitgebern, zur Hälfte aus den Arbeitnehmern entnommen werden. Die Vertreter der Arbeitgeber werden mittels Wahl der Arbeitgeber, die Vertreter der Arbeitnehmer mittels Wahl der Arbeitnehmer bestellt. Die Zahl der Mitglieder der Arbeitskammern und der Abteilungen sowie die Zahl der Ersatzmänner wird durch Verfügung der Aufsichtsbehörde bestimmt. Die Mitglieder und die Ersatzmänner erhalten für jede Sitzung, der sie beigewohnt haben, Vergütung etwaiger Reisekosten und eine Entschädigung für Zeitversäumnis. Die Höhe der letzteren ist durch die Geschäftsordnung festzusetzen.

2. Wahlberechtigung und Wählbarkeit.

§ 11. Die Vertreter der Arbeitgeber werden von den Vorständen derjenigen gewerblichen Berufsgenossenschaften gewählt, bei welchen die in der Arbeitskammer vertretenen versicherungspflichtigen Personen versichert sind.

§ 12. Die Vertreter der Arbeitnehmer werden, und zwar je für die Hälfte der zu wählenden, in gesonderter Wahlhandlung gewählt von 1. den Mitgliedern der ständigen Arbeiterausschüsse (§ 134h der Gewerbeordnung) derjenigen im Bezirke der Arbeitskammern belegenen gewerblichen Unternehmungen, welche den in den Arbeitskammern vertretenen Gewerbszweigen angehören. Wahlberechtigt sind nur die von den Arbeitnehmern aus ihrer Mitte gewählten Mitglieder der Ausschüsse. Umfaßt eine gewerbliche Unternehmung wesentliche Bestandteile verschiedenartiger Gewerbezweige, so wird sie demjenigen Gewerbezweige zugerechnet, welchem der Hauptbetrieb angehört. Welche Arbeiterausschüsse hiernach an der Wahl beteiligt sind, wird für jede Arbeitskammer durch Verfügung der Aufsichtsbehörde bestimmt; 2. denjenigen Vertretern der Arbeitnehmer, welche gemäß § 114 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900 zur Beratung und Beschlußfassung über Unfallverhütungsvorschriften und zur Begutachtung der nach § 120e Abs. 2 der Gewerbeordnung zu erlassenden Vorschriften gewählt sind; die Wahlberechtigung bestimmt sich nach den gemäß § 11 Absatz 1 und Abs. 2 Satz 1 für die Wahlen der Arbeitgebervertreter getroffenen Festsetzungen.

§ 13. Wählbar sind Deutsche, welche das 30. Lebensjahr zurückgelegt haben; 2. im Bezirke der Arbeitskammer tätig sind; 3. seit mindestens einem Jahre denjenigen Gewerbezweigen oder denjenigen Gewerbegruppen als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer angehören, für welche die Arbeitskammer oder die Abteilungen errichtet sind; 4. in dem der Wahl voraufgegangenen Jahre für sich oder ihre Familie Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht empfangen oder die empfangene Unterstützung erstattet haben. Nicht wählbar ist, wer gemäß § 32 des Gerichtsverfassungsgesetzes zum Amte eines Schöffen unfähig ist.

3. Wahlverfahren und Dauer der Wahlperiode.

§ 14. Die Wahlen erfolgen unter Leitung des Vorsitzenden der Arbeitskammer in getrennter Wahlhandlung. Sie werden mittels schriftlicher Abstimmung nach relativer Mehrheit der Stimmen vorgenommen; bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Die näheren Bestimmungen über die Wahl und das Verfahren werden durch den Bundesrat getroffen. Eine Regelung nach den Grundsätzen der Verhältniswahl derart, daß neben den Mehrheitsgruppen auch die Minderheitsgruppen entsprechend ihrer Zahl vertreten sind, ist zulässig.

§ 15. Die Mitglieder der Arbeitskammer und die Ersatzmänner werden auf sechs Jahre gewählt.

§ 16. Mitglieder, hinsichtlich deren Umstände eintreten oder bekannt werden, welche die Wählbarkeit ausschließen, haben aus der Arbeitskammer auszuscheiden.

4. Kostenaufwand.

§ 17. Die aus der Errichtung und Tätigkeit der Arbeitskammern erwachsenden Kosten werden von den gemäß § 11 wahlberechtigten Wahlkörpern im Verhältnisse der gemäß § 11 Abs. 2 festgesetzten Stimmenzahl getragen. Dem Vorsitzenden der Arbeitskammer und seinen Stellvertretern darf eine Vergütung von der Kammer nicht gewährt werden.

§ 18. Die Arbeitskammer hat über den zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Kostenaufwand alljährlich einen Haushaltplan aufzustellen. Der Haushaltplan bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Vor der Genehmigung ist den gemäß § 17 zur Tragung der Kosten Verpflichteten Gelegenheit zu einer Aeußerung zu geben.

5. Geschäftsordnung.

§§ 19 bis 22 behandeln die laufende Verwaltung und Geschäftsführung durch den Vorsitzenden.

§ 23. Die Sitzungen der Arbeitskammern und der Abteilungen sind öffentlich. Ausgenommen von der öffentlichen Verhandlung sind diejenigen Gegenstände, welche von dem Vorsitzenden als zur öffentlichen Beratung nicht geeignet bezeichnet werden. Gegen die Entscheidung des Vorsitzenden, wodurch ein Gegenstand von der öffentlichen Verhandlung ausgeschlossen wird, steht den Mitgliedern der Kammer die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zu.

§ 24. Die Beschlüsse werden durch Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Zur Gültigkeit eines Beschlusses ist die Ladung aller Mitglieder unter Mitteilung der Beratungsgegenstände und die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der zurzeit der Kammer oder der Abteilung angehörenden Mitglieder erforderlich. Bei der Beschlußfassung müssen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl mitwirken. Sind auf der einen Seite weniger Vertreter erschienen als auf der andern, so scheidet auf dieser Seite die erforderliche Zahl von Mitgliedern mit dem an Lebensalter nach jüngsten beginnend aus.

§ 25. Die näheren Bestimmungen über die Geschäftsführung werden von der Arbeitskammer in einer von der Aufsichtsbehörde zu genehmigenden Geschäftsordnung getroffen.

§§ 26 bis 31 betreffen die Beaufsichtigung und besonderen Bestimmungen für Bergwerke, Salinen usw.

Arbeitskammern.

Die Sozialpolitik, die der Minister Bethmann-Hollweg zu treiben gedenkt, spiegelt sich am besten in seinem Entwurf über die Arbeitskammern wider. Wenn der Entwurf im Zentralbureau der Industriellen ausgearbeitet worden wäre, so könnte er auch nicht miserabler ausgefallen sein.

Die unerläßliche Vorbedingung eines ersprießlichen Wirkens von Arbeitskammern, die „berufen" sein sollen, „den wirtschaftlichen Frieden zu pflegen", wie es im § 2 des Entwurfs heißt, ist doch unbestritten die, daß die Arbeiter ein Vertrauen zu der Kammer haben. Wenn das Vertrauen fehlt, schwindet auch jedes Interesse und damit auch jede Beteiligung der Arbeiter an der Kammer. Wie kann aber ein Vertrauen der Arbeiter möglich sein bei einem Vertreter-Wahlsystem, wie es die §§ 11—13 vorsehen?! Die Arbeitskammern sollen sich zusammensetzen aus Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer. Wahlberechtigt sollen von den Arbeitern aber nur sein — die Mitglieder der ständigen Arbeiterausschüsse derjenigen im Bezirke der Arbeitskammer belegenen gewerblichen Unternehmungen, welche den in den Arbeitskammern vertretenen Gewerbezweigen angehören, sowie diejenigen Vertreter der Arbeiter, welche zur Beratung und Beschlußfassung über Unfallvorschriften usw. gewählt sind. Abgesehen davon, daß schon das indirekte Wahlsystem an sich verwerflich ist, besteht heute gar kein Zweifel mehr darüber, daß die ständigen Arbeiterausschüsse nichts weniger besitzen, als das Vertrauen der Arbeiter! In den meisten Fabriken z. B. ist der Arbeiterausschuß ein reines Werkzeug des Unternehmers, in dessen Gewalt es ja liegt, jedes ihm mißliebige Mitglied eines Arbeiterausschusses bei passender Gelegenheit auf die Straße zu setzen. Die andern Arbeitervertreter, die noch wahlberechtigt sein sollen, werden bekanntlich von den Arbeitervertretern in den Ausschüssen der Versicherungsanstalten gewählt und zu einem Zwecke, der mit den Aufgaben einer Arbeitskammer nur wenig zu tun hat. Wählbar soll außerdem nur derjenige noch und seit mindestens einem Jahr in einem Gewerbebetrieb des Kammerbezirks tätige Arbeiter sein, der bereits das 30. Lebensjahr erreicht hat! Während also der deutsche Staatsbürger mit 25 Jahren die Reife zugesprochen bekommt, Vertreter des Volkes im Reichstage werden zu können, soll er erst mit 30 Jahren den Verstand erhalten zu einem Beisitzer in der Arbeitskammer! Und Frauen sollen überhaupt nicht wählbar sein.

Schon dieses vom reaktionärsten preußischen Geiste diktierte Vertreter-Wahlsystem zeigt uns, was die Arbeitskammern sein sollen, die Herr v. Bethmann-Hollweg schaffen will, und daß diese Einrichtungen nichts zu tun haben mit den Arbeitskammern, wie sie in unserm Programm gefordert werden und wie sie die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags in früheren Jahren beantragte. Nach dem sozialdemokratischen Entwurf sollten die Vertreter der Arbeiter von allen volljährigen Arbeitern und Arbeiterinnen gewählt werden, und selbstverständlich sollte es den Arbeitern freistehen, auch solche Vertreter in die Arbeitskammer zu entsenden, die nicht mehr in einem der beteiligten Gewerbebetriebe tätig und daher nicht der Maßregelung seitens der Unternehmer ausgesetzt sind. Außerdem waren die von den Sozialdemokraten verlangten Arbeitskammern gedacht in Verbindung mit den Arbeitsämtern und einem Reichsarbeitsamt.

Die Arbeitskammern sollen auch nur für die Großindustrie in Betracht kommen. Denn ausgenommen bleiben nach § 7 die Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter in Apotheken, Handelsgeschäften und solchen gewerblichen Unternehmungen, welche den Organisationen des Handwerks angehören, also alle Arbeiter, die bei einem Unternehmer arbeiten, der einer Innung angehört, und natürlich auch diese Unternehmer selbst. Die rücksichtslosesten Scharfmacher der Großindustrie werden also diese Arbeitskammern beherrschen, zumal die Vertreter der Unternehmer von den Vorständen der Berufsgenossenschaften gewählt, die Vorsitzenden und deren Stellvertreter von der Behörde ernannt werden sollen, die von den Arbeiterausschüssen gewählten „Arbeitervertreter" aber in der Regel nur Arbeiter sein können, die sich beim Unternehmer nicht „mißliebig" gemacht haben, also den Unternehmern genehm sind.

Geradezu absurd aber ist auch die Bestimmung, daß die Mitglieder der Arbeitskammer auf sechs Jahre gewählt werden sollen. Was für gewaltige Veränderungen vollziehen sich heute innerhalb sechs Jahren in den Arbeiterverhältnissen eines Industriezweiges! Und warum die Arbeiter in Betrieben der Heeres- und Marineverwaltung vom Wahlrecht ausgeschlossen werden sollen, dafür

vermag nur ein reaktionärer preußischer Bureaukrat Gründe zu finden.

Wie sich bei einer solchen Organisation die Regierung überhaupt die Wirksamkeit dieser Arbeitskammern vorstellt, ist rätselhaft. Die Entscheidung über den „wirtschaftlichen Frieden" liegt bei den Organisationen der Arbeiter wie der Unternehmer. Welche Arbeiterorganisation würde aber ihre Angelegenheit einem Schiedsgericht anvertrauen, das sich so zusammensetzt, wie es die Regierung vorschlägt? Und welchen Wert wird man den Anträgen beimessen, welche die Arbeitskammern nach § 4 an Behörden, an Vertretungen von Kommunalverbänden und an die gesetzgebenden Körperschaften des Bundesrats oder des Reichs zu stellen befugt sein sollen, wenn jedermann weiß, daß keine Macht hinter den Anträgen steht, die Arbeiter vielleicht sich sogar dagegen erklären? Wie sollen diese Arbeitskammern „ein gedeihliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern . . . fördern", wie der § 3 verlangt, wenn die Arbeiter vom größten Mißtrauen gegen diese Einrichtung erfüllt sind? Und das werden und müssen sie ja sein, wenn die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt Gesetz wird.

Daß der Reichstag etwas Brauchbares aus der Vorlage machen werde, das ist nicht zu erwarten. Selbst das liberale Berliner Tageblatt meint, aus dem Entwurf ergebe sich mit „erschreckender Deutlichkeit", daß unter dem gegenwärtigen Kurs etwas für die deutschen Arbeiter wirklich Ersprießliches nicht zutage gefördert wird. Es wird nur der Schein gewahrt, als geschehe etwas". Und so ist es. Um den Schein zu wahren, als tue er etwas für die Arbeiter, wird auch sehr wahrscheinlich der Blockreichstag die Vorlage annehmen. Aber wenn die Arbeiter ihre Mitwirkung versagen, wird das Gesetz nur ein Stück Papier bleiben, und das ist schließlich das beste, was man ihm wünschen kann.

Gute gewerkschaftliche Organisationen sind auch zweifellos die besten Arbeiterkammern. Und solange sich die Machtverhältnisse im Reichstage nicht verschoben haben, besonders solange die konservativ-liberale Paarung herrscht, solange also Arbeitskammern oder Arbeiterkammern, wie sie die Arbeiter wünschen, keine Aussicht haben, solange werden die Arbeiter gut tun, sich von staatlichen Kammern zur Regelung der Arbeitsverhältnisse nichts zu versprechen und sich nur auf die Macht ihrer Organisation zu verlassen. Von einem „wirtschaftlichen Frieden", von einer Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ohne Streiks, von einer allgemeinen Beilegung der Differenzen durch paritätische Kommissionen kann überhaupt keine Rede sein, solange nicht die Großindustriellen insgesamt die Arbeiterorganisationen als gleichberechtigte Faktoren und die Beamten dieser Organisationen als die natürlichen Vertreter und Vertrauensleute der Arbeiter anerkennen und mit ihnen jederzeit verhandeln. Und solange dies nicht der Fall ist, muß auch ein gedeihliches Wirken von Arbeitskammern unmöglich erscheinen, gar noch, wenn sie ganz und gar den Anschauungen und Interessen der großindustriellen Scharfmacher angepaßt werden sollen, wie dies bei dem vorliegenden Entwurf zutrifft.

Die Arbeiterfrage in der dritten Duma.

Als die Regierung unter dem Einfluß der revolutionären Erhebung der Arbeiterschaft die erste Duma einberief, lenkte sie ihr Hauptaugenmerk darauf, den Arbeitern die weitgehendsten Reformen zu versprechen. Das Handels- und Industrie-Ministerium erkannte damals in einem offiziellen Dokument selbst an, daß die bisherige Regierungspolitik bloß „darauf hinauslief, die Ordnung auf den Fabriken und Werken und die Ruhe unter den Arbeitern nach Möglichkeit aufrechtzuerhalten". Auf einer Konferenz der Vertreter der Regierung und der Industriellen, die vor Einberufung der Duma tagte, wurde ein großzügiges Programm der Arbeitergesetzgebung entworfen, allein keines der vorgesehenen Projekte erblickte jemals das Licht der Welt.

Seitdem haben sich die Verhältnisse schroff geändert. Die Praxis der Staatsstreiche und Wahlfälschungen hat an Stelle eines freiheitlich gesinnten Parlaments eine Junkerduma hervorgebracht, und zwei Jahre der wildesten Reaktion haben der Regierung den Glauben beigebracht, daß durchgreifende Reformen ein überflüssiger Luxus für sie seien. Das zeigt sich besonders deutlich auf dem Gebiete der Arbeitergesetzgebung. In seiner Deklaration am 29. November v. J. bemerkte Ministerpräsident Stolypin ganz nebenbei, daß die Regierung Entwürfe für ein Invalidengesetz fertiggestellt habe, die unverzüglich in die Duma eingebracht werden würden. Das war alles, was von den schönen Versprechungen übrig geblieben war. Allein auch das waren leere Worte, denn bisher sind außer einiger nebensächlicher Entwürfe keine der angekündigten in die Duma eingebracht worden, und selbst im Ministerium weiß niemand, ob und wann sie den Volksvertretern vorgelegt werden.

In die Dumakommission für Arbeiterfragen ist bisher bloß ein Gesetzentwurf des Finanzministeriums über Unfallentschädigung der Arbeiter und Angestellten in den industriellen und technischen Etablissements des Finanzministeriums eingebracht worden. Der Entwurf lehnt sich im allgemeinen, abgesehen von einer Verschlechterung der Rentenberechnung, an das Unfallentschädigungsgesetz vom 15. Juni 1903 an, das auf die Staatsarbeiter keine Anwendung fand. Er besitzt den Vorzug, das Prinzip der Entschädigung in Fällen beruflicher Erkrankung — wenn auch in sehr beschränktem Maße — zum erstenmal in Anwendung gebracht zu haben. Bei der Besprechung der Regierungsvorlage in der Kommission ergab sich die interessante Situation, daß der Berichterstatter, Fabrikdirektor Baron Tiesenhausen, Mitglied der regierungstreuen Oktobristenpartei, sich für Ablehnung der Vorlage, als einer „provisorischen" und „partiellen" Maßnahme, aussprach. Dagegen plädierten die Sozialdemokraten eifrig für Annahme der Vorlage bei entsprechender Ausdehnung derselben auf die Arbeiter nicht nur der Betriebe des Finanzministeriums, sondern aller Staatsbetriebe, weil sie bei allen ihren Unvollkommenheiten einen Schritt vorwärts bedeute.

Da es nach Lage der Dinge nicht abzusehen ist, ob und wann die Regierung mit ihren Vorlagen herausrückt, so beschloß die sozialdemokratische Fraktion, die Tätigkeit der Fabrikinspektion, sowie die administrative Einmischung in die Lohnkämpfe der Arbeiter und die Begünstigung der Aussperrungstaktik der Unternehmer bei der Beratung des Etats zur Sprache zu bringen. Desgleichen soll ein selbständiger Entwurf für ein Streikgesetz in die Duma eingebracht werden.

Auch die Unternehmer rüsten. Aus Mitgliedern des Reichsrats und der Duma hat sich eine „Handels- und Industriegruppe" gebildet, die im Bunde mit dem Ausschuß der Unternehmerorganisationen den Boden vorbereitet für eine in ihrem Sinne günstige Ausgestaltung der Arbeitergesetzgebung. Daß sie mit ihren arbeiterfeindlichen Bestrebungen Erfolge haben wird, versteht sich bei dieser Duma von selbst.

Auf dem Wege zu einem Einheitstarif für die Stein—setzer.

Dem Vorsitzenden des Steinsetzerverbandes, Genossen Knoll-Berlin, ging folgendes Schreiben zu:

Innungs-Verband
Bund Deutscher Steinsetzer-Innungen.
Berlin, den 29. Januar 1908.

An den
Vorsitzenden des Zentralvorstandes der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands, Herrn Alexander Knoll,
Berlin NW., Wiclefstraße 21.

Auf dem ersten Allgemeinen Deutschen Steinsetzertage, der am 23. und 24. Januar in Berlin stattgefunden hat, ist beschlossen worden, für einen Zusammenschluß der bestehenden Arbeiterorganisationen im Steinsetzergewerbe Sorge zu tragen und zu diesem Zweck insbesondere überall neben den bestehenden Innungen Arbeitgeberverbände zu gründen.

Der Zweck dieser Maßnahmen ist vor allem, rechtssichere Vertragsträger zu schaffen für die Tarifabmachungen mit den Organisationen der Arbeitnehmer.

Das endliche Ziel muß unsres Erachtens das Zustandekommen eines Reichstarifs sein, wie das auch im Prinzip schon auf dem Innungsverbandstage zu Halle im Jahre 1906 anerkannt ist.

Da dem unterzeichneten Innungsverbande die vorläufige Geschäftsleitung übertragen ist, so verfehlen wir nicht, Ihrer Organisation von Vorstehendem Kenntnis zu geben und knüpfen daran gleichzeitig die Bitte, bei unsern Bestrebungen, die, wie wir glauben, auch im Interesse der Arbeitnehmer liegen, mit uns Hand in Hand zu gehen.

Wir möchten Ihre Aufmerksamkeit deshalb zunächst auf zwei Gesichtspunkte richten; der eine ist:

bei den kommenden Tarifabschlüssen auf eine möglichste Gleichheit der Tarife in der äußeren Anlage, der Anordnung des Stoffes, der Ausdrucksweise usw. zu halten, damit die Eingliederung der bestehenden Tarife in einen Reichstarif dadurch erleichtert wird, und

2. bei allen Tarifen, die fortan abgeschlossen werden, eine Klausel einzufügen, die dahin geht, daß mit Einverständnis beider Parteien der Tarif auch vor seinem Ablauf abgeändert werden darf zwecks Einfügung in den zu bildenden Reichstarif.

Für den Fall, daß Sie es für dienlich halten, in gemeinsamen Beratungen mit uns ein Grundschema für Tarifverträge im Steinsetzergewerbe zu vereinbaren, so stehen wir auf vorheriger Abrede zu solchen Beratungen jederzeit zur Verfügung. Insbesondere ist der mitunterzeichnete Syndikus gern bereit, in gemeinsamer Arbeit mit Ihnen einen vorläufigen Entwurf aufzustellen.

Hochachtungsvoll
Der Vorstand.
Der Vorsitzende: Droege. Der Syndikus, Dr. Grandke.

Dieses Schreiben, gerichtet an den Vorsitzenden einer Arbeiterorganisation, zeigt, daß auch die Unternehmer immer mehr danach streben, daß einheitlichere Lohn- und Arbeitsbestimmungen einzuführen sind.

Den veröffentlichten Brief empfehlen wir aber **den Herren Vorstandsmitgliedern des Deutschen Steinmetzmeisterverbands zum besonderen Studium.**

Eine „besonders arbeiterfreundliche" Firma.

In der Nähe des schlesischen Städtchens Strehlen liegt der Ort Crummendorf. Strehlen wurde der deutschen Arbeiterschaft durch den großen Granitarbeiterstreik von 1907 bekannt. Crummendorf hat ebenfalls den Vorzug, eine kleine Berühmtheit zu erlangen. Vorerst sei folgendes vorausgesandt: In Crummendorf liegt ein Steinbruch, in dem weißer Schieferquarz gewonnen wird. Das sandsteinartige Gestein ist sehr feuerfest und wird zum Bau von Schmelzöfen verwendet. Es schaffen in C. rund 200 Steinarbeiter zu den miserabelsten Löhnen. Daß die Gewerbeinspektion nur selten in den Betrieb kommt, geht daraus hervor, daß eine Uebertretung des § 10 der Bundesratsverordnung vorliegt und Frauen sogar über die Mittagszeit arbeiten. Um die Steinarbeiter am Orte vollends in Schach zu halten, werden alle Jahre bis 50 Galizier eingestellt. Diese bekommen die Kost und 1.30 Mark pro Tag von der Firma. Wenn sich die hiesigen Leute nicht direkt an die Landwirte als Knechte vermieten, sind sie gezwungen, in den Steinbruch zu gehen, da hier keine andre Industrie vorhanden ist. Die politische Presse hatte hier schon einen guten Eingang gefunden und es wurden schon 78 Exemplare der Volkswacht gelesen; der Verbreiter derselben, ein Steinarbeiter, wurde dafür zwei Jahre gemaßregelt. Das Eroberte ging dadurch alles verloren; auch später wurde der Steinarbeiter-Verbreiter gemaßregelt, so daß es ihm schwer wurde, auswärts Arbeit zu finden. Die Unzufriedenheit regt sich schon lange unter den Leuten, und ihre Gesinnung bewiesen sie durch die sozialdemokratische Stimmenabgabe bei der Reichstagswahl. Die Firma Lux u. Oelsner versteht es in bewunderungswürdiger Weise, ihren Arbeitern zuckersüße Worte zu sagen. Nachstehendes mag dieses sehr trefflich dokumentieren:

Kundgebung.

Abermals stehen wir heute vor der erfreulichen Tatsache, einigen treuen Mitarbeitern **für treues 25jähriges Mitwirken** herzlichen Glückwunsch zu sagen. Mit Ihnen, meine lieben Mitarbeiter (folgen die Namen), **haben wir jetzt 11 Veteranen der Arbeit, welche 25 Jahre getreu mit uns zusammengehalten haben.**

Wir geben uns der frohen Hoffnung hin, daß den zahlreichen andern, älteren Arbeitern **und auch unsern jüngeren Leuten, der liebe Herrgott besondere Kraft und Ausdauer geben möchte, gleichfalls die 25jährige treue Mitgliedschaft in unserm Betriebe zu erlangen.** Es gibt wohl sehr wenige Betriebe, die auf einen so alten treuen Mitarbeiterstamm sich verlassen können, wie dies in unserm Betriebe hier gegenwärtig der Fall ist. Damit ist wohl der beste Beweis gegeben, daß wir gegenseitig miteinander zufrieden sind. (?) **Unser bester Wunsch sei heute:** Der liebe Herrgott gebe Ihnen **noch für viele Jahre ungeschwächte Kraft und Schaffensfreudigkeit,** er erhalte Sie Ihren lieben Familien **und uns noch recht lange Jahre.** (Der letzte Wunsch ist wohl der wichtigste. Redaktion.) Seien Sie auch weiterhin **wie bisher unser jüngeren Arbeiterschaft ein leuchtendes Beispiel;** zeigen Sie ihr, **daß Pflichttreue** und Gottvertrauen **allein zur wahren Zufriedenheit führen.** (Das glauben wir sehr gern. Red.)

In Ihrem langen Leben haben Sie es erfahren, daß uns **das Vaterland alles gibt, was wir brauchen** (unerschwingliche Steuern, politische Rechtlosigkeit und hohe Lebensmittelpreise. Redaktion) und namentlich auf den Gebieten der sozialen Arbeiterfürsorge bahnbrechend allen andern Staaten vorangegangen ist. **Sorgen Sie weiter dafür, daß die sozialdemokratischen Hetzer und Wühler, denen nichts heilig ist, weder Vaterland, noch Religion, noch Familie** (auch der Unternehmerprofit ist uns nicht heilig! Red.), **bei uns auch weiterhin keinen Eingang finden und auch noch die wenigen irregeleiteten Mitarbeiter, welche sich leider betören ließen, Ihrem erfahrenen, weisen Rate folgen und in Ihre Fußtapfen treten und gleich Ihnen in gleicher Frische und treuer Anhänglichkeit dann später ihr 25jähriges, und so Gott will, ihr 40jähriges Jubiläum feiern können. Auch weiterhin soll in unsrer Mitte der Sozialdemokratie keine Freistätte geboten sein, und nun nochmals alles Gute für Ihre fernere Zukunft.**

pp. a. Vereinigte Crummendorfer Quarzschieferbrüche.
Lange, Lux u. Oelsner.

Schade, daß diese „Kundgebung" erst nach dem preußischen Ordensfest bekannt wurde; denn die Firmeninhaber können mit Recht auf Grund ihrer großen, rührenden, patriotischen Gesinnung auf einen sehr hohen Orden Anspruch erheben.

In Crummendorf hat unser Verband trotz dieses überschwänglichen Schreibens wieder feste Wurzel gefaßt, und wir haben dort nun einen Stamm tüchtiger Kollegen. Den Brief zu glossieren, hieße ihn abschwächen. Der Firma rufen wir aber den christlichen Spruch ins Gedächtnis:

„Der Herr wird den nicht ungestraft lassen,
Der seinen Namen mißbraucht."

Bericht von der Konferenz des 5. Gaues.

Unsre Gaukonferenz wurde am 26. Januar zu Erfurt im Restaurant Forelle abgehalten. Erschienen waren 14 Delegierte, vom Gauvorstand Kollege Buhler und vom Zentralvorstand Kollege Walther.

Kollege Buhler eröffnet die Konferenz mit einem warmen Nachruf für unsern verstorbenen Gauleiter Wagner. Hierauf wird die Konferenz durch ein schönwirkendes Begrüßungslied des Gesangvereins Morgenstern eingeleitet. In das Bureau werden die Kollegen Buhler als erster, Reisinger als zweiter Vorsitzender und Kollege Unger als Schriftführer gewählt.

Zum Gaubericht spricht in recht eingehender Weise Buhler. Lohnbewegungen fanden in allen Zahlstellen statt. In Mühlhausen und Oberdorla sind dieselben noch nicht erledigt. Der Kassenbericht ergibt folgendes Resultat: Einnahme 500.05 Mark, Ausgabe 443.47 Mark, mithin verbleibt ein Kassenbestand von 56.58 Mark. Die Revisoren beantragen Entlastung. Allgemein bemerkt Buhler noch, daß der Gau 330 Mitglieder zähle, am 17. Januar d. J. wurde die Zahlstelle Ehringsdorf bei Weimar gegründet. Betreffs der Bundesratsverordnung ist seitens der Gauleitung alles getan worden, um diesen gesetzlichen Bestimmungen Geltung zu verschaffen. Zur Erledigung der Gaugeschäfte fanden 5 Sitzungen statt. In 10 Orten wurden 34 Versammlungen, Sitzungen oder Besprechungen abgehalten.

Kollege Walther geht auf diesen Bericht näher ein und verteidigt die Maßnahmen des Zentralvorstandes bei dem Streik der Erfurter Kollegen im Januar 1907.

Im weiteren wurden die Situationsberichte der Zahlstellen entgegengenommen. In einzelnen Zahlstellen des Gaues ist noch ein beträchtlicher Teil Indifferenter vorhanden. Als Vorort zur Gauleitung wurde Erfurt vorgeschlagen. Dem Antrage wurde stattgegeben.

Der Antrag Eisenach: **Den 5. mit dem 6. Gau zu verschmelzen** resp. für Thüringen einen besoldeten Gauleiter anzustellen, wurde von der Mehrzahl der Delegierten bekämpft, da die Zahl der in Betracht kommenden Steinarbeiter viel zu gering sei. Dementsprechend die Kosten für die Agitation zu hohe werden würden. Mit einer Verschmelzung aber würde man noch weniger berücksichtigt werden, als es bis jetzt der Fall ist.

Ein Antrag Gotha: Inserate über Arbeitsangebote im Steinarbeiter nicht mehr aufzunehmen, fand nicht die nötige Unterstützung.

Kollege Walther ersuchte, diesen Antrag zurückzuziehen. Es komme uns ja nicht auf die paar Mark Inseraten-Einnahme dabei an, sondern wir wollen den arbeitslosen Verbandsmitgliedern Gelegenheit geben, eventuell Arbeit zu erhalten. Nehmen wir die Inserate im Steinarbeiter nicht mehr auf, so annoncieren die Unternehmer in gegnerischen Zeitungen, die die organisierten Kollegen nicht zu lesen bekommen. Das Resultat würde sein, daß die Stellen zum größten Teil von Unorganisierten besetzt würden, während die Organisierten weiter die Landstraßen bevölkern, da an einigen Orten immer das Warnungsschild, die Sperre, aushängt. Wenn auch die Arbeitsverhältnisse nicht immer die besten seien, so werde auch hiermit Remedur geschaffen.

Ueber einen weiteren Antrag: Die Beitragswochen im Jahre auf eine bestimmte Zahl festzusetzen, die jeder Kollege zu leisten hat, war man der Ansicht, daß die arbeitslosen Kollegen dadurch zu stark belastet würden. Die jetzige Fassung der Beitragsleistung hielt man für besser.

Die Gausteuer weiter wie bisher beizubehalten, wurde einstimmig angenommen.

Zum Schluß fordert der Vorsitzende die Delegierten auf, in diesem Jahre tatkräftig für unsern Verband mitzuarbeiten, und schließt mit einem Hoch auf den Steinarbeiterverband.

Fritz Unger.

Korrespondenzen

Bautzen. Mit welchen Mitteln man die Arbeiter im Winter kirre machen will, beweist nachstehendes: In dem Steinbruch der Firma Kunat bei Bautzen werden eine Anzahl Steinmetzen, Tagarbeiter und Pflastersteinarbeiter beschäftigt. Die Steinarbeiter werden mit dem horrenden Lohn von 35 ganzen Pfennigen pro Stunde entlohnt, soweit dieselben im Tagelohn resp. im Stundenlohn arbeiten. Wenn auch dieser Stundenlohn schon ein ganz minimaler genannt werden muß, so sind die Akkordlöhne der Kollegen noch bedeutend niedriger. Zum Beispiel wird für einen laufenden Meter sehr sauber gearbeiteten Leipziger Bordstein erster Klasse 2.70 Mark bezahlt, für Dresdener Platten werden pro Quadratmeter 5.50 Mark bezahlt, einschließlich der daran zu arbeitenden Fugen, und müssen dieselben auch auf 19 Zentimeter Stärke zubossiert werden; für Dresdener Bordsteine gibt es 3.20 Mark erster Klasse für den laufenden Meter. Ist nun bei Arbeitslosigkeit und schlechtem Wetter Ueberfluß an arbeitenden Kräften, so werden obengenannte Preise in der Weise reduziert, daß der Herr Polier kommt und spricht: Das ist nun zweiter Klasse, und kostet das Meter nur 2.10 Mark. Dieser Herr hat wohl von den vielen Tarifen, nach welchen die Steinarbeiter Deutschlands arbeiten, noch nichts gehört? Er mag sich nur mal die verschiedensten Tarife einsehen, so wird er dahinterkommen, daß auch Arbeiter mit Unternehmern gleichzeitig auf längere Zeit die Preise für die Arbeiten festsetzen. Ich glaube, kein Werkführer ließ es sich gefallen, wenn ihm im Winter an seinem Gehalt Kürzungen vorgenommen würden. Die Lausitzer Betriebe liegen im Herzen Deutschlands, eine Konkurrenz von auswärts ist nicht zu befürchten. Daß der Schnapsteufel auch hier noch eine große Rolle spielt, beweisen doch die vertilgten Schnapsquantitäten. Wo die Arbeiterschaft am wenigsten Alkohol verkonsumiert, da ist die Arbeitszeit am kürzesten, die Löhne am höchsten und daraus folgend, die Arbeiterschaft am gebildetsten.

Berlin I. In der am 2. Februar stattgefundenen Mitgliederversammlung erstattete Kollege Sieber Bericht über die zwischen Gesellenausschuß und Innung gepflogenen Tarifverhandlungen. Da der Tarif in der bestehenden Form auf ein Jahr verlängert werden soll, wurde derselbe von der Versammlung einstimmig angenommen. In Anbetracht, daß die Innung sich dem Verband der Steinmetzgeschäfte Groß-Berlins angeschlossen, die Herren Unternehmer es aber strikte ablehnen, unsern Verbandsvertreter bei Tarifverhandlungen zuzulassen, wird nachstehende Resolution gegen eine Stimme angenommen: „1. Die Steinarbeiter Berlins begrüßen das gelegentlich der diesjährigen Tarifbewegung zutage getretene gemeinsame Wirken der hiesigen Steinmetzinnung mit dem Verband der Steinmetzgeschäfte Groß-Berlins als einen Fortschritt, dessen weitere Entwicklung die besten Erfolge zu zeitigen geeignet ist, vorausgesetzt, daß es beiden Kontrahenten ernst ist, die Hebung unsres Berufes energisch zu betreiben. Ihr näch-

stes und größtes Ziel dürfte die Beseitigung der Schmutzkonkurrenz bilden, welches Bestreben wir nach Kräften unterstützen werden, durch strikteste Innehaltung der tariflichen Abmachungen. 2. Nachdem jedoch in dem Zustandekommen des Tarifes insofern eine Aenderung eingetreten, daß auf seine Gestaltung, neben der Innung und dem Gesellenausschuß, auch dem Verband der hiesigen Steinmetzgeschäfte ein entscheidender Einfluß gewährt wird, halten es die Berliner Steinarbeiter für eine Frage der Billigkeit und Gerechtigkeit, ihrerseits bei den Tarifverhandlungen und Abschlüssen neben dem Gesellenausschuß durch den Zentralverband der Steinarbeiter vertreten zu sein und beauftragen ihren Gesellenausschuß, in diesem Sinne zu wirken." — Zum Verbandstag wird vom Vorstand folgender Antrag eingebracht: „Der Verbandstag wolle beschließen, die bestehende Krankenunterstützung in eine Kranken- und Erwerbslosenunterstützung umzuwandeln." Zur Begründung wird auf die große Wichtigkeit der Unterstützung, die eine wirksame Waffe gegen die Aushungerungstaktik der Unternehmer werden soll, hingewiesen. In der Diskussion wurde angeregt, den Verbandstag im kommenden Jahre mindestens vier Wochen später einzuberufen, da das rechnerische Material, wie es z. B. zu diesem Antrage nötig wäre, zu spät in die Hände der Kollegen gelangt. Verschiedene Kollegen wünschen mehr Genauigkeit und bessere Kontrolle der Statistik und beauftragen die Delegierten, in Kassel dahin zu wirken.

Ebelsbach a. M. Die Leser des Steinarbeiters haben schon oft von dem Ort Ebelsbach vernommen. Von Ebelsbach werden die Steinmetzarbeiten nach allen Gegenden Deutschlands versandt, auch nach dem Ausland kommen Lieferungen. Es sind dies hauptsächlich Schleifsteine und Walzen für Maschinenfabriken. Auch mancher von den reisenden Kollegen hat sich hierher verlaufen, um seine Kunst zu probieren. Hier ist es so der Brauch: vom Mai bis August gibt's sogenannte Sommerpreise und die andern Monate folgt gehöriger Lohnabzug. Gerade diesen Winter wird tüchtig geschröpft; Preise sind am Platze, die aller Beschreibung spotten. Es kommen hier meistens kapitalkräftige Firmen in Betracht: Süddeutsche Steinwerke, vormals Vetter, Arnold Söhne, Pius Arnold, Mainsandsteinwerke, Winterheld. Diese Firmen besitzen zum Teil in ganz Unterfranken Werkplätze. Wird die Arbeit um den uns zudiktierten Preis nicht gemacht, so gibt's die Antwort, sie wird anderweitig angefertigt. Der Verband liegt so manchem Polier und Geschäftsführer noch von früher her sehr schwer im Magen; denn damals hatten die Steinarbeiter die Frechheit, Lohnforderungen zu stellen. Es kam auch zum Streik, welcher leider verloren ging. Natürlich die Hetzer und Rädelsführer erhalten nun keine Arbeit mehr. Namentlich operiert Herr Teschner ganz scharf gegen den Verband. Doch wir können seine Wut verstehen. Es ist nicht zu lange her, daß Teschner aus seiner jetzigen Stellung entlassen werden sollte —. Daß dies für einen Familienvater fatal ist, ist erklärlich. Teschner macht sich aber, wenn Arbeiter zu entlassen sind, keine weiteren Gedanken.

Essen a. d. Ruhr. Am 1. Februar fand hier unsre regelmäßige Mitgliederversammlung statt, welche in Anbetracht der jetzigen Lohnbewegung nur mäßig besucht war. Der vorjährige Kassierer gab die Jahresabrechnung bekannt, woraus hervorging, daß wir im letzten Jahre eine Gesamteinnahme von 2839.55 Mark hatten, dem eine Ausgabe von 2777.94 Mark gegenüberstand. Kollege Neßhöver gab einen sehr ausführlichen Bericht vom Gautag, woraus zu ersehen war, daß unserm Gau noch ein recht großes Arbeitsfeld offensteht, und mit welch großen Schwierigkeiten wir hier speziell im Industriegebiet zu kämpfen haben, zumal die Christlichen in den schwarzen Gebieten festen Fuß gefaßt haben. Hierauf kamen noch drei Anträge zum Verbandstage zur Sprache, welche angenommen wurden. Dieselben lauten: 1. Unser Verband ist den größeren Verbänden der Baubranche anzuschließen. 2. Die Kranken- und Reiseunterstützung ist fallen zu lassen und dafür die Erwerbslosenunterstützung einzuführen (!), selbst wenn die Beiträge erhöht würden. 3. Es soll ein billiger Agitationskalender eingeführt werden, ähnlich dem der Maurer.

Freiburg. Am 28. Januar fand eine ziemlich gut besuchte Versammlung statt. Der Vorsitzende gab bekannt, daß der Tarifvertrag von den Meistern gekündigt wurde. Er verlas dann den neuen Vertrag, der für das Steinhauergewerbe auf zwei Jahre gelten soll. Die Kollegen sprachen sich dahin aus, daß wir den Vertrag nicht anerkennen können. Aus dem Vertrag wollen wir nur den § 2 herausgreifen, der lautet: „Die Steinhauerarbeiten werden im Akkord- oder Stundenlohn ausgeführt. Ein tüchtiger Steinhauer soll, wenn die Arbeiten im Akkord ausgeführt werden, 60 bis 65 Pfg. in der Stunde verdienen. Werden die Arbeiten im Stundenlohn ausgeführt, so kann der Lohn nur nach Leistung des Steinhauers festgestellt werden. Die Festsetzung eines geringeren Lohnes für altersschwache oder in ihrer Leistung beschränkte und jugendliche Arbeiter unterliegt der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer." Gegen eine solche Tarifvereinbarung werden die hiesigen Kollegen schärfstens Front machen.

Kaiserslautern. Am 2. Februar tagte hier im Lokale Burg eine Konferenz der Pfälzer Zahlstellen mit der Tagesordnung: 1. Anstellung eines besoldeten Beamten für die Pfalz; 2. Der Korporativ-Arbeitsvertrag für die Pfalz. Vertreten waren 13 Zahlstellen, an 23 Zahlstellen waren Einladungen ergangen. Zum 1. Punkt referierte Kollege und Kartellvorsitzender Emil Schmaller. Dieser legte in klarer und sachlicher Weise den Kollegen dar, wie gut sich ein solcher Bezirksbeamter in den letzten Jahren der Hochkonjunktur bewährt hätte und wies in seinen weiteren Ausführungen auf das Glan- und Alsenztal hin. Ferner streifte Redner die Haltung einiger Gewerkschaften, die ihre Beamten entweder in das Saargebiet dirigieren oder nach Mannheim. Man müsse die Beamten dort anstellen, wo direkt die Produktion betrieben wird. Die Westpfalz besitze eine weit verbreitete Steinindustrie, nur wenige Kollegen seien organisiert. Nach eingehender Beratung wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die am 2. Februar im Lokal Burg tagende Konferenz Pfälzer Zahlstellen kommt zu folgendem Beschluß: Um den überanstrengten Gauleiter des 8. Gaues zu entlasten, soll in der Pfalz, namentlich in den Bruchdistrikten, wo eine übergroße Mehrzahl von Unorganisierten beschäftigt ist, eine bessere Agitation entfaltet werden. Um dies zur vollen Durchführung zu bringen, soll eine besoldete Hilfskraft von der Zentralleitung angestellt werden." Zum 2. Punkt erklärte Kollege Probst den Korporativvertrag und seine schädlichen Folgen. Auch hier entwickelte sich eine lebhafte Debatte, die durch folgenden Antrag ihren Abschluß fand: „Um dem Korporativvertrag Geltung zu verschaffen, beschließt die heutige Konferenz, im laufenden Sommer eine weitere Sitzung abzuhalten, die sich mit genannten Vertrag befaßt, damit er eine weitere Anerkennung finde. Eventuell kann der anzustellende Bezirksleiter die nötigen Arbeiten übernehmen unter Zustimmung der darin interessierten Zahlstellen."

Kiel. Die in den hiesigen Granitbetrieben beschäftigten Schleifer, Schmiede und Arbeiter sandten am 15. Januar den Meistern einen Lohntarif zu betreffs Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, da bis jetzt die Entlohnung der Willkür der Unternehmer unterlag. Die Stundenlöhne schwanken zwischen 45 und 60 Pfg. Es wird hier gegenwärtig bei vier Firmen nur in Lohn gearbeitet, dagegen bezahlen zwei noch Akkordlöhne von 11 und 12 Mark pro Quadratmeter schwarzen schwedischen Granit, wobei die Arbeiter noch das Material stellen müssen. Unsre Forderungen lauten:

1. Die Arbeitszeit wird auf neun Stunden festgesetzt, sie beginnt um 6½ Uhr morgens und endet um 6 Uhr abends mit Pausen mit einer halben Stunde Frühstück (8½ Uhr), 1½ Std. Mittag (12—1½ Uhr) und ½ Stunde Vesper (4—4½ Uhr). An den Tagen vor den hohen Festen ist um 4 Uhr Feierabend.

2. Der Stundenlohn beträgt 60 Pfg. für Schleifer und 55 Pfg. für Arbeiter; Schmiede sind den Schleifern gleichzustellen.

3. Arbeitsleistungen, welche noch 9 Stunden überschreiten, werden die folgenden 2 Stunden mit je 10 Pfg., jede weitere, sowie Sonntagsstunden mit je 20 Pfg. Zuschlag pro Stunde bezahlt.

4. Arbeiten außerhalb der Stadtgrenze, bei denen Uebernachtung notwendig wird, wird ein Zuschlag von 2 Mark pro Tag, einschließlich Sonntags, gewährt. Fahrgelder sind vom Meister zu zahlen.

5. Der verdiente Lohn wird am Freitag abend um 6 Uhr ausgezahlt.

6. Entlassungen wegen Zugehörigkeit zum Deutschen Steinarbeiterverband, sowie infolge dieses Vertragsabschlusses, finden nicht statt.

7. Der vorstehende Tarif tritt am 15. Februar in Kraft und hat eine Gültigkeitsdauer von einem Jahr. Wenn bis zum 1. Januar 1909 der Tarif von keiner Seite gekündigt wird, läuft er ein Jahr stillschweigend weiter.

Ein großer Teil der Kollegen, welche schon in Kiel gearbeitet haben, wird aus Obigem ersehen, daß die Forderungen sehr minimal gestellt sind, zumal wenn man in Betracht zieht, daß wir hier in Kiel in einem der teuersten Orte Deutschlands unser Dasein fristen. Wenn wir hier den gesundheitsschädlichen Beruf, welchen die Kollegen tagtäglich am eignen Leibe erfahren müssen, in Betracht ziehen, und andre Branchen, wo bedeutend weniger Intelligenz und Kraftaufwendung vom Arbeiter verlangt wird, so sind unsre Forderungen sehr bescheiden. Den Kollegen von auswärts muß es als Pflicht erscheinen, ehe sie nach hier um Arbeit schreiben oder bei den hiesigen Meistern zusprechen, zuvor beim Vorsitzenden Paul Klose, Kiel, Harmstraße 77, Erkundigungen einzuziehen. Für die Kollegen ist es doppelt geboten, das Obige zu beachten, da die Kieler Meister uns auf den eingereichten Tarif schon zweimal mit einer nichtssagenden Antwort abgespeist haben.

Leipzig II. Die hiesigen Marmorarbeiter beschlossen, ihren am 1. März d. J. zwei Jahre laufenden Tarif zu kündigen. Der neue Tarifentwurf enthält nur geringe Aufbesserungen. Für die Hauer wird gefordert ein Stundenlohn von 65 Pfg. (bisher 55 Pfg.), für die Schleifer 55 (bisher 45). In Anbetracht der Löhne andrer Großstädte sind unsre Forderungen sehr bescheiden, weisen doch die gesamten Berufe Leipzigs in der Baubranche durchweg höhere Löhne auf. U. a. haben die Bauhilfsarbeiter einen Stundenlohn von 50 Pfg. Es ist daher unserseits gewiß nicht zu hoch gegriffen, erfordert doch die Bearbeitung des Marmors sehr viel Intelligenz. Die Organisationsverhältnisse sind als gute zu bezeichnen. Bemerkt sei, daß in den hiesigen Werkstellen die Kollegen nur mit größter Anstrengung einen einigermaßen auskömmlichen Lohn verdienen. Wir erwarten, daß in Bälde die Verhandlungen beginnen und auch günstig beendet werden möchten.

Mackweiler. Unsre Versammlung am 2. Februar war gut besucht. Kollege Müller erstattete zunächst Bericht von der Gaukonferenz. Dann legte er sein Amt als Kassierer nieder. An seine Stelle wurde Kollege Castendech gewählt. Dem bisherigen Kassierer wurde Decharge erteilt. Unsre Hauptaufgabe muß jetzt sein, in Tiefenbach kräftig zu agitieren, und daher ist es von großem Interesse, wenn die hiesigen Kollegen sich dort nach Arbeit umsehen, damit auch hier einmal der Organisationsgedanke festen Fuß fassen kann. Die Kollegen haben Grund genug, sich zu organisieren. Die Löhne, die bezahlt werden, spotten aller Beschreibung.

Mülhausen (Elsaß). Die Generalversammlung am 31. Januar war gut besucht. Aus dem Vorstandsbericht ergab sich, daß in Mülhausen im verflossenen Jahre ohne Kampf ein Lohntarif errungen wurde. Im 4. Quartal 1907 hatten wir eine Einnahme von 1070.12 Mark und eine Ausgabe von 736.02 Mark; bleibt ein Kassenbestand von 334.10 Mark. Mitglieder hatten wir am Schlusse des Jahres 84. Die Jahreseinnahmen betrugen 2993.46 Mark, die Ausgaben 2659.36 Mark; hiervon allein an die Zentralkasse 2222.89 Mark. Aus der Neuwahl des Vorstandes gingen hervor: Otto Dileprt, 1. Vorsitzender, Anton Haag, 2. Vorsitzender, Ludwig Wolf, Kassierer, Karl Prior, 1. Schriftführer, Franz Faulhaber, 2. Schriftführer, Joseph Droll und Joh. Klink Revisoren. Den Bericht von der Gaukonferenz gab Kollege Droll; er schilderte in vorzüglicher Weise die Verhandlungen derselben. Der Stand der Organisation ist bei uns wieder ein gut er zu nennen. Auch die innere Festigkeit ist wieder eine bessere geworden.

Ochsenfurt. Am 2. Februar tagte im Gasthaus zum Storchen eine gemeinschaftliche Versammlung der Zahlstellen Ochsenfurt, Goßmannsdorf und Frickenhausen. Kollege Spitznagel berichtete über die Gaukonferenz in Nürnberg. Zunächst wurde der Antrag, daß Gauleiter Mittenmeier auf weitere zwei Jahre in Würzburg zu belassen ist, einstimmig angenommen. Kollege Sauer, der in dieser Versammlung als Gast anwesend war, sprach über Agitation und betonte besonders, daß man den Kollegen, die uns im Streik 1906 in den Rücken fielen, nichts mehr nachtragen soll. Erfreulicherweise waren zwei solche Kollegen in der Versammlung anwesend und haben sich in den Verband aufnehmen lassen. Hoffentlich folgen auch die übrigen. Dann führte Sauer noch an, daß die Statistik alle Woche genau nach Stundenlohn auszufüllen ist. Die allgemeine Einführung der Kontrollkarten wurde freudig begrüßt. Es wurde noch beschlossen, daß die Zahlstellen Ochsenfurt, Goßmannsdorf und Frickenhausen immer gemeinschaftlich ihre Monatsversammlungen in Ochsenfurt und bei günstiger Gelegenheit in Frickenhausen abhalten sollen. Die Versammlung hat aufs neue bewiesen, daß die Kollegen gesonnen sind, unermüdlich dafür einzutreten, daß der Verband wieder auf seine frühere Höhe gebracht wird. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit der Aufforderung, das schöne Gelöbnis auch zu halten.

Osnabrück. Am 5. Februar tagte im Vereinslokale eine außerordentliche Versammlung, in der Kollege Biewig einen Vortrag über: Zirkulation und Konzentration des Kapitals hielt. Der Beifall am Schlusse des lehrreichen Vortrages zeigte, daß unsre Kollegen den treffenden Ausführungen mit größter Spannung gefolgt waren. Im Anschluß daran berichtete unser Vorsitzender über die Lohnbewegung der Steinmetzen bei der Firma Steinhauer. Der Stundenlohn wurde von 48 auf 50 Pfg. erhöht; immerhin ein kleiner Erfolg. Herr Steinhauer hat wohl deshalb die Hand zum Frieden geboten, weil er von der Schlappe, die er 1906 erlitt, noch genug hat. Die Versammlung verlief recht harmonisch.

Anmerkung des Lokalvorsitzenden. Sämtlichen Zahlstellen zur Nachricht, daß der bekannte Robert Storff nach Zurücklassung großer Schulden aus hiesiger Gegend verschwunden ist. Wir warnen vor diesem Individuum. Storff wurde im Jahre 1906 wegen Prellung der Zahlstelle Osnabrück ausgestoßen. Storff hat in letzter Zeit sich für die christliche Bewegung sehr begeistert.

Springe. Am 2. Februar tagte hier eine öffentliche Steinarbeiterversammlung. Die Kollegen von Altenhagen, welche dazu eingeladen waren, glänzten durch Abwesenheit. Der Delegierte erstattete Bericht über die Konferenz des 6. Gaues, welcher beifällig aufgenommen wurde. Da der hier bestehende Tarifvertrag von uns und gleichzeitig auch von der hiesigen Firma Plöger gekündigt wurde, wurde eine Kommission gewählt, die die Tarifverhandlungen mit der Firma führen soll. Im Punkt Verschiedenes wurde gerügt, daß viele Kollegen ihre Stücke nicht nachrechnen. Recht komisch mutet einen die Spitzfindigkeit des Herr Poliers Flügge an. Unter anderm behauptet er, bei einseitig eingesetzten Flächen könne man ja das Richtscheit durchhalten, folglich wären es keine eingesetzten. (!) Auch die Einhaltung der Bundesratsverordnung läßt viel zu wünschen übrig.

Untergimpern. Am 2. Februar fand unsre Generalversammlung statt, welche gut besucht war. Der Kassierer verlas die Quartalsabrechnung, welche von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Hierauf schritt man zur Neuwahl der Verwaltung. Es wurden wiedergewählt die Kollegen Albert Kirchdörfer als 1. und Karl Zimmermann als 2. Vorsitzender, Philipp Schwind als Kassierer, Karl Arnold und Heinrich Hoffmann als Revisoren. Sämtliche Gewählte nahmen die Wahl wieder an. Als Delegierter zum Verbandstag wurde Kollege Weidenhammer-Hemsbach in Vorschlag gebracht. Kollege Schwind erstattete dann noch Bericht von der Gaukonferenz des 8. Gaues. Sehr scharf wurde gerügt, daß die Unternehmer jetzt so unerhört gegen uns vorgehen. Einige wollen uns aushungern. Die zahlreichen Entlassungen beweisen das am besten. Doch unsre Zahlstelle kann nicht mehr vernichtet werden. Die Kollegen halten dem Verbande Treue, mögen die Unternehmer machen was sie wollen. Die Versammlung verlief sehr harmonisch.

Wildemann. Die hiesigen Kollegen stellten eine kleine Lohnforderung. Es kommt die Pflastersteinindustrie in Frage, aber die Herren Unternehmer singen immer das alte Lied: es könne nicht mehr bezahlt werden. Besonders im Winter hätten sie schon mit großen Verlusten zu rechnen. Mit der Sozialpolitik stehen diese Herren insoweit auf einer „bewunderungswürdigen" Höhe, indem sie den Arbeitern den Rat geben, im Sommer länger als wie bisher zu arbeiten. Es ist zum Kugeln, wenn Männer noch ernst genommen werden sollen, die uns mit solchen trivialen Redensarten abspeisen wollen. Die hiesigen Steinmetzen werden schon Sorge tragen, daß die Löhne verbessert werden. Dieses Mittel ist der festgefügte Deutsche Steinarbeiterverband.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Bei vorkommender Maßregelung müssen die Vorstandspersonen in den Zahlstellen diese Fälle sofort untersuchen und dann sogleich einen dementsprechenden Antrag an den Zentralvorstand stellen. Es dürfen nicht Wochen und Monate verstreichen, ehe ein solcher Antrag gestellt wird. Aus einer sehr alten Zahlstelle ist man letzthin nach 22 Wochen mit dem Gesuch um Maßregelungsunterstützung an den Zentralvorstand herangetreten. Da kann man von einer großen Ordnungsliebe in der Verwaltung wohl kaum mehr sprechen.

Desgleichen müssen bei allen Gesuchen, **die Unterstützungen betreffen, die Bücher völlig in Ordnung sein.** Meistens fehlen 6, 8, ja sogar 10 Marken. Das ist keine Ordnung. Die Vorstandspersonen mögen Bücher, die nicht in Ordnung sind, erst gar nicht an die Zentrale einsenden.

*

Alle Delegiertenwahlen, **die vor dem 9. Februar stattfanden,** sind ungültig. Trotz der klaren Bestimmungen im Wahlreglement, siehe Steinarbeiter Nr. 3, haben mehrere Zahlstellen schon vor dem 9. Februar gewählt.

Im Wahlreglement heißt es ausdrücklich:

„Die Hauptwahlen müssen vom 9. bis einschließlich 23. Februar vollzogen sein. Erreicht ein Kandidat bei der Hauptwahl nicht die absolute Mehrheit, **so findet ein zweiter** Wahlgang statt, und zwar in der Zeit **vom 8. bis einschließlich 15. März.**

Für die Hauptwahlen muß das Wahlprotokoll bis zum 25. Februar an den Zentralvorstand eingesandt sein. Das Wahlprotokoll für die Stichwahlen muß bis zum 17. März in den Händen der Verbandsleitung sein.

Bei der Hauptwahl gilt **absolute, bei der Stichwahl relative Majorität.** Ist in einem Kreise, wo nur ein Delegierter zu wählen ist, Stichwahl und es kandidieren zum Beispiel drei Kollegen, so werden wie bei der Hauptwahl alle drei zur Wahl gestellt. Um gewählt zu sein, gilt dann schon einfache Mehrheit.

In der Nr. 3 des Steinarbeiter ist das Wahlreglement abgedruckt. Bei der Wahlhandlung muß zur Information diese Nummer zur Stelle sein."

Wenn die Publikationen im Fachblatte mit mehr Aufmerksamkeit verfolgt würden, so könnten solche Voreiligkeiten gar nicht vorkommen.

*

Den reisenden Kollegen zur Beachtung, daß in Naumburg a. S. nunmehr auch 2 Tage Reiseunterstützung au bezahlt werden

*

Folgende Steinarbeiter sind **wegen Streikbruch** von der Mitgliedschaft ausgeschlossen worden: Hermann Bosse (Verbands-Nummer 11 732), Hermann Duckstein (Nr. 11 733), Carl Wiegmann (Nr. 11 734), Joseph Zirkerzewsky (Nr. 11 734), zurzeit Königslutter.

Zur Kandidatenliste.

Im **53. Wahlkreis,** der die Zahlstellen Floß, Blauberg, Roßbach und Regensburg umfaßt, ist als Kandidat zum Verbandstage neben dem Kollegen Fröhler-Floß noch Kollege Michael Lernbecher-Blauberg, aufgestellt.

Im **41. Kreis** ist nicht Willacker, sondern Jakob Kalbfuß, Grethen, in Vorschlag gebracht.

Die betreffenden Zahlstellen wollen obiges beachten.

Vorwärts

soll und muß die Parole eines jeden weitblickenden Menschen sein. Stillstand ist Rückgang. Eine Arbeiterschaft, welche es versteht, sich gegen die Schäden der heutigen Begleiterscheinungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu schützen, gewinnt an Kraft, Zähigkeit und Ausdauer in den notwendigen wirtschaftlichen Kämpfen. Besonders aber muß beachtet werden, daß viele Lohnbewegungen nicht zum Streik führen (siehe Buchdrucker), wenn die Kapitalisten einsehen, daß wir jederzeit gewappnet sind und als machtvoller Faktor gelten. Also, je machtvoller wir sind, desto leichter der Sieg, je größer die Erfolge, um so mehr Anteil an den Kulturerrungenschaften. Wir Steinarbeiter zählen nun zu den Berufen, welche mit am schwersten getroffen werden durch Arbeitslosigkeit, Krankheit und dergleichen. Der reisende, ledige Arbeitslose erhält seine Reiseunterstützung, der Kranke erhält außer der Unterstützung von den örtlichen Krankenkassen noch den Zuschuß vom Verbande. Der arbeitslose Kollege jedoch, welcher durch seine Familie mehr an den Ort gebunden ist, erhält — leider nichts. Letzterer wird am empfindlichsten geschädigt. Was muß mancher Kollege nicht alles im Winter über sich ergehen lassen, um dem Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit zu entgehen? Jeder Einsichtsvolle weiß, daß eine Erwerbslosenunterstützung am nötigsten ist für unsern Verband, und daß dieselbe mit höheren Beiträgen verbunden ist. Ueberall, wo ich mit den Kollegen über derartiges debattierte, fand ich, daß die Kollegen **mit Freuden höhere Beiträge zahlen würden,** wenn Derartiges geschaffen würde. Diese Wahrnehmung habe ich in mehreren Zahlstellen gemacht. Den am Orte ansässigen verheirateten Kollegen ist am meisten mit dieser Unterstützung gedient, und zahlen selbige **ausnahmsweise mit Freuden** höhere Beiträge. Im allgemeinen sind deshalb viele Gegner von höheren Beiträgen vorhanden, weil mit hohen Beiträgen es schwierig sei, Nichtorganisierte zu gewinnen. Dies mag ja teilweise zutreffen, wenn eben nichts geboten werden kann. Durch

folgende Aufstellung sind diese Gründe nicht allein hinfällig, im Gegenteil, es bietet sich mehr Aussicht auf erfolgreiche Agitation in Bruchgebieten, wo die Kollegen ihrem Verdienst gemäß in die 4. oder 3. Beitragsklasse kämen. Um nun die Einnahmen zu erhöhen ohne krasse Unterschiede zwischen den einzelnen Klassen, unter Beibehaltung einer niedrigen Klasse, könnten vier Beitragsklassen geschaffen werden.

1. Klasse	**über 27**	**Mk. Wochenverdienst**	**80**	**Pfg.**	**Beitrag.**
2. „	**24—27**	„ „	**70**	„	„
3. „	**21—24**	„ „	**60**	„	„
4. „	**unter 21**	„ „	**50**	„	„

Es wäre eine einheitliche Erwerbslosenunterstützung einzuführen, welche nur einige Stufen enthält **in der Anzahl der entrichteten Beitragsmarken.** Die Krankenunterstützung und die Reiseunterstützung käme dann in Wegfall, desgleichen die Maßregelungsunterstützung, welche für den Antragsteller wie auch für die Zentralleitung und den Ausschuß manchmal recht unerquicklich ist. In welcher Höhe die Erwerbslosenunterstützung gezahlt werden könnte, halte ich für zwecklos, hier anzuführen; soviel steht fest, daß selbige höher sein wird als die bisherige Kranken- oder Reiseunterstützung. Dies wird schon jedem Leser bei oberflächlicher Kalkulation einleuchten, da sich die Einnahmen für unsre Hauptkasse fast verdoppeln. Mancher wird nun denken, das geht nicht an, daß die 4. Klasse, welche weniger zahlt, die gleichen Rechte haben soll wie die Beitragszahler der übrigen Klassen. Berufskollegen, so kleinlich dürfen wir nun nicht sein, sonst geht es mit uns niemals rapide vorwärts. Wir können durch dieses Unterstützungswesen manche Gebiete erschließen und viele Indifferente gewinnen. Die Idealisten jedoch, welche den Klassenkampfcharakter durch ein derartiges Unterstützungswesen beeinträchtigt glauben, **sind auch vielfach die,** welche nichts davon wissen wollen, höhere Beiträge zugunsten der Kollegen in niedrigeren Klassen zu zahlen.

Um die materielle Unterlage zur Erwerbslosenunterstützung noch besser zu gestalten, **kann man von den bisherigen 20 Prozent der am Orte verbleibenden Gelder 10 Prozent streichen.** Dadurch fließt unsrer Zentralkasse wieder eine enorme Summe zu, und desto günstiger stellt sich die Erwerbslosenunterstützung. Die Zentrale könnte dann einen Teil der örtlichen Ausgaben bei Streiks und Lohnbewegungen mehr berücksichtigen, wozu bisher die 20 Prozent bestimmt waren, und es werden unangenehme Auseinandersetzungen zwischen Zentrale und den einzelnen Zahlstellen mehr vermieden. **Den örtlichen Finanzministern** jedoch, welchen durch den Verlust der 10 Prozent die Haare zu Berge steigen, ist zu raten, ein paar Pfennige Lokalbeitrag zu erheben; es ist dann wieder alles in Ordnung. Wo ein guter Wille ist, da ist ein Weg, etwas Brauchbares zu schaffen. Zahlt nun ein in Arbeit stehender Kollege einen höheren Beitrag als bis dato, so lebt er deshalb durchaus nicht schlechter. Trifft ihn jedoch die Arbeitslosigkeit, so wird er vor der schlimmsten Not bewahrt. So manchem Kollegen kommt es am Lohntage nicht darauf an, ob einige Nickel am verdienten Lohn fehlen, es ist bei ihm eben eine Bagatelle, nicht der Rede wert; selbige mögen auch, wenn es höhere Beiträge zu zahlen gibt, nicht eine Stellung einnehmen, welche als elende Pfennigfuchserei bezeichnet werden muß. Dasselbe gilt auch für die, welche es noch für nötig befinden, den sogenannten Klimbimvereinen anzugehören, oder ihr überflüssiges Geld durch die Kehle hinunterzujagen. Sache des Verbandstages ist es, zu prüfen, ob es möglich ist, eine derartige Unterstützungseinrichtung einzuführen. Ob nun die „angeführte" Beitragshöhe, die 4. Klasse und die betreffenden 10 Prozent angenommen wird oder nicht ist gleichgültig. Diese Zeilen sollen nur veranschaulichen, daß eine derartige Unterstützungseinrichtung eingeführt werden kann. Die Wunden, die das Kapital uns schlägt, werden mehr wie bisher geheilt, und wir sind infolgedessen auch mächtiger wie bisher im Kampf.

Verbandsdelegierte, macht in Kassel ganze Arbeit, laßt jedes Flickwerk beiseite.

Wattenscheid. Karl Hopf.

Rundschau.

Schlauberger. Die Gewerkschaftsstimme hält sich über unsern Bericht über die bekannte Solnhofener Versammlung auf. Die Redaktion bestellte nun nachträglich mittels eingeschriebenen Briefes **von der Nr. 4 des Steinarbeiters** 100 Exemplare. Zu unserem Leidwesen war der Steinarbeiter vergriffen, die Redaktion der Gewerkschaftsstimme kann aber den christlichen Lesern unsern Bericht **durch völligen Abdruck leicht zugänglich machen!** Hoffentlich befolgt sie unsern wohlgemeinten Rat, denn es gibt außer den Solnhofenern auch noch Leute, die gern wissen möchten, welch Geisteskind der Sozialistentöter Burckhardt ist.

Die Agitation im Steinmetzmeisterverband scheint recht lebhaft betrieben zu werden. Folgende Firmen sind diesem Verbande soeben beigetreten: Société Anonyme Marmor in Keskastel im Elsaß; Opderbecke u. Neese, Marmor- und Granitindustrie in Düsseldorf; Bercher u. Gerhäuser, Marmor- und Granitwerke in Altengronau (Hessen); Langenfelder Marmorsägewerk Deus u. Co., G. m. b. H. in Langenfeld (Rheinland); Société Anonyme de Merbes-le-Chateau in Düsseldorf-Oberbilk; Société Anonyme de Merbes-le-Chateau in Hamburg; Jenischstraße 7/15; Dehmel u. Leder, Granitwerke in Bunzlau; Jakob Graf, Steinhauerobermeister in Metz-Montigny; Michael Altmeyer, Steinhauermeister in Metz, Deutsche Straße 31; Otto Kohler, Bildhauer in Metz, Rauchstraße 1; Peter Schön, Steinmetzmeister in Metz-Sablon, Magazinstraße 11; Georg Lautsch in Metz-Montigny, Pionierstraße 2; Georg Plontz, Bildhauer in Bolchen in Lothringen.

Wer ruiniert das Handwerk? Die Unternehmer, gleichgültig ob groß oder klein, schützen bei der minimalsten Lohnforderung der Arbeiter vor, es könne aus Konkurrenzrücksichten nicht mehr bezahlt werden. Wie die Unternehmer Schmutzkonkurrenz gegenseitig treiben, mag folgende Aufstellung ergeben: Dresden: Gründungsarbeit im Vieh- und Schlachthof. Zementstampfbeton: Mindestfordernder 13 416 Mk., Höchstfordernder 33 850 Mk.; Möhntalsperre: Durch den Ruhrtalsperrenverein vergebene Arbeiten, als: Ausführung eines Umleitungsstollens, Umleitungsgrabens, sowie Ausschachtung einer Baugrube: Mindestfordernder 354 902 Mk., Höchstfordernder 1 617 107 Mark; Dresden: Gasbeleuchtungsanlage im Garten des Friedrichstädter Krankenhauses: Mindestfordernder 1319 Mk., Höchstfordernder 2360 Mk.; Hannover: Maler- und Anstreicherarbeiten im Neubau einer höheren Töchterschule: Mindestfordernder 4700 Mark, Höchstfordernder 7815 Mk.; Dresden: Tischlerarbeiten für eine Turnhalle, Neubau der 32. Bezirksschule, Vorstadt Gruna: Mindestfordernder 2466 Mk., Höchstfordernder 5588 Mk.; Oeppendorf (Norddeutschland): Erbauung von Liegehallen im städtischen Krankenhause. Hier sind die Maler- und Anstreicherarbeiten nur von Maurermeistern (geprüfte Baumeister) veranschlagt worden: Mindestfordernder 570 Mk., Höchstfordernder 1690 Mk.; Dresden: Klempnerarbeiten für einen Teil der Gebäude des Vieh- und Schlachthofes: Mindestfordernder 70 128 Mk., Höchstfordernder 89 555 Mk.; Dresden: Rathaus-Neubau, Tischlerarbeiten: Fenster, Los I: Mindestfordernder 25928 Mk., Höchstfordernder 41 181 Mk.; Los II: Mindestfordernder 12 146, Höchstfordernder 21 952 Mk.

Die Zeit des „goldnen Bodens" im Handwerk ist für immer vorüber. Soweit aber das Handwerk heute noch existenzberechtigt ist, untergraben die Handwerksmeister, wie die obigen Blüten beweisen, in wahnsinniger Konkurrenz das Handwerk selbst.

In Groß-Berlin wurde eine neue Arbeitgeberorganisation geschaffen. Nicht weniger als 53 Steinmetzmeister sind zu einer besonderen Vereinigung zusammengetreten und haben sich dem neu gebildeten Kartell im Baugewerbe für Groß-Berlin angeschlossen. Folgende Steinmetzmeister wurden in die Vorstandschaft gewählt: H. Hesse, Ed. Stickel und C. Dittmer. Die Höhe der Beiträge richtet sich nach der bezahlten Lohnsumme, und zwar bis zu 10 000 Mark jährlich 10 Mark, bis zu 20 000 Mark jährlich 15 Mark, bis zu 30 000 Mark jährlich 20 Mark, bis zu 40 000 Mark jährlich 25 Mark, bis zu 50 000 Mark jährlich 30 Mark, bis zu 60 000 Mark jährlich 35 Mark, bis zu 70 000 Mark jährlich 40 Mark, bis zu 80 000 Mark jährlich 45 Mark, bis zu 90 000 Mark jährlich 50 Mark, bis zu 100 000 Mark jährlich 60 Mark.

Durch diese Unternehmerorganisation haben die Macher des Steinmetzmeisterverbandes es in geschickter Weise verstanden, die kleineren Meister von Berlin zu organisieren.

Die überseeische Auswanderung zeigt auch nach dem Hamburger Ausweis einen außerordentlich starken Rückgang. Es wanderten im Januar 1908 über Hamburg nur 4003 Personen aus gegen 12 847 im Januar 1907. Im Januar der letzten zehn Jahre betrug die Auswanderung 3076, 4435, 3093, 6385, 8302, 6662, 10 444, 10 117, 12 847 und 4003.

Ermüdung durch Arbeit.

Wenn das auch für uns alte Weisheiten sind, so freuen wir uns doch des Anerkenntnisses und der offenen Aussprache, die vielleicht, wenn auch nur wenig, dazu beitragen wird, eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit herbeizuführen.

An der Hand seiner Erfahrungen schildert der Regierungs- und Medizinalrat Dr. Roth die Gefahren der Ueberarbeit und stellt hierzu unter anderm folgende Forderungen auf:

1. Um einer chronischen Ermüdung bezw. Uebermüdung vorzubeugen, muß die Arbeitsintensität der Leistungsfähigkeit des Arbeiters angepaßt sein.

2. Je anstrengender die Arbeit und je weniger ausreichend die Arbeitspausen sind, um die Ermüdungsstoffe fortzuschaffen, um so früher tritt Ermüdung ein, und um so kürzer muß die Arbeitsdauer bemessen werden.

3. Sonstige Betriebsgefahren, hohe Temperaturen, hohe Feuchtigkeitsgrade, heftige Erschütterungen, gezwungene Körperhaltung, einseitige Inanspruchnahme einzelner Muskeln u. a. — begünstigen den vorzeitigen Eintritt der Ermüdung, die wieder die Außerachtlassung der Maßnahmen des persönlichen Arbeiterschutzes zur Folge hat. Das gleiche gilt von der Aufnahme giftiger Stoffe in den Giftbetrieben.

Insofern schlechte verdorbene Luft die Leistungsfähigkeit herabsetzt und dadurch den Eintritt der Ermüdung begünstigt, muß auch aus diesem Grunde in allen gewerblichen Betrieben (mit Einschluß der kaufmännischen und Handwerksbetriebe) für ausreichende Zufuhr frischer Luft gesorgt sein.

4. In gleicher Weise begünstigen unzureichende Ernährung und ungeeignete Lebensführung infolge Herabsetzung der Leistungsfähigkeit den vorzeitigen Eintritt der Ermüdung. — Ebenso können auch weite Wege zur Arbeitsstätte die Leistungsfähigkeit im Sinne vorzeitiger Ermüdung ungünstig beeinflussen.

Durch Förderung aller auf eine rationelle Ernährung gerichteten Maßnahmen, Fernhaltung von alkoholischen Getränken und sonstige geeignete Maßnahmen wird einer ungünstigen Einwirkung dieser Faktoren zu begegnen sein.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Dortmund. Reiseunterstützung wird nunmehr im Restaurant Körnereiche ausbezahlt.

Fechenbach. Die Reiseunterstützung wird bei dem Vorsitzenden, Joseph Klingenbeck, ausgezahlt.

Kirschhausen. Ersuche die Vertrauensleute aller Zahlstellen, dem Kollegen Anton Schwarz, Pflasterer, geboren den 7. September 1876 zu Püllingermühl in Bayern, kein neues Buch auszustellen, da er sich nicht abgemeldet und sein Buch in größter Unordnung liegen gelassen hat. Xaver Fischer, Vorsitzender.

Adressen-Aenderungen.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir nur die wirklich vorgekommenen Adressen-Aenderungen. Ist zum Beispiel in einer Generalversammlung bei der Vorstandswahl nur der Kassierer neugewählt, so wird blos diese Aenderung bekannt gegeben, denn die Adresse des bisherigen Vorsitzenden steht ja schon im Verzeichnis.)

Kiefersfelden. Vors.: Nikolaus Weiland.
Langenzalza. Vors.: Jakob Geiling, Lange Str. 73, I.
Selb. Vors.: Heinrich Hoffmann, Talstraße.
Regensburg Kass.: Hans Riegel, Unterm Wöhrd H. 238, I. Der Kassierer zahlt auch die Reiseunterstützung aus.
Roßbach. Vors.: Max Losl in Wullersdorf.
Würzburg. Vors.: Sebastian Sauer, Wagnerstr. 13.
Altleiningen. Vors.: Heinr. Schuhmacher. Kass.: Heinr. Spuler.
Biberach. Vors.: Karl Strayle, Gasthof zum Lamm.
Bad Aibling. Kass.: Georg Hauser.
Schnitz. Vors.: Wilhelm Wendler, Burgweg Nr. 26 J. Kass.: Karl Lätzel, Neustädter Str. 15.
Wittenberg (Bezirk Halle.) Vors. und Kass.: Albin Dix, Dessauer Str. 44. — Die Reiseunterstützung zahlt Kollege Karl Krüger, Dessauer Str. 44, aus.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 1. bis mit 8. Februar.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrasteuer.)

Bühlertal, B. 5.04, K. 1.30; Löbau, B. 558.39; Braunschweig, B. 23.—, K. 2.50; Elberfeld, B. 317.40, E. 10.—, K. 6.60, M. 1.20, X. 19.50; Eidengesäß, B. 2.76, Div. 14.10; Magdeburg, B. 184.—, M. 1.20; Schmalkalden, B. 100.—; Wildemann, B. 86.29; Neumünster, B. 2.20; Varel, B. 7.30; Parey, B. 3.40, K. —.80; Alsleben, B. 71.44, K. 1.50, X. 11.50; Berlin I, K. 160.—, M. 1.20, X. 25.—; Bochum, B. 46.—; Bensheim, 73.92, K. 6.40, M. 1.90, X. 20.50; Kassel, B. 23.40, K. 1.35; Deutmannsdorf, B. 170.20, K. 8.30, X. 6.—; Hall, K. 3.20; Heubach, B. 27.74, K. 1.30, X. 2.—; Königslutter, K. 20.—; Kamenz, B. 188.48, K. 1.—, M. 1.20, X. 18.—; Langenfeld, B. 30.66, E. 1.—, K. 3.60, M. —.75, X. 17.—; Osnabrück, B. 92.—, K. 10.—; Ochsenbach, B. 84.—, E. 1.50, K. 2.—, M. 1.20, X. 46.—; Treuen, B. 46.—, E. 3.50; Annkirchen, B. 38.—, K. 3.20, M. 6.80; Leipzig, K. —.70; Wend, Buchholz, B. —.80, E. —.50; Baldwinstein B. 3.—; Eisleben, B. 6.60, K. —.40; Hartmannsdorf, B. 10.27; Wolfshagen, B. 63.—; E. 1.50, K. 3.—; Rupolding, B. 44.62, K. —.40; Esens, B. 3.30, K. —.70; Blauberg, B. 1.10, K. —.50; Schwerin —.60, E. —.50, Duisburg, X. 44.—; Mainz, Ab. —.90.

Ludwig Geist, Kassierer.

Briefkasten.

Ch. R. Das letzte Schreiben ging am 4. Dezember 1907 ein. — **St. 50.** Betreffender Unternehmer ist seit etwa 6 Jahren Abonnent des Steinarbeiter. Wir wissen auch, daß er denselben sehr eifrig liest. — **R.** Aber warum so geziert schreiben? Wer soll da klug werden. Man mag doch diese phrasenhafte Ausdrucksweise unterlassen. Nichts für ungut. Besten Gruß. — **G.** Abgelehnt. Jetzt ist der Stoffandrang so groß, daß Deine Einsendung, die gewissermaßen eine Chronik der Zahlstelle O. darstellt, nicht aufgenommen werden kann. — **Hahn.** Karte erhalten. Viele Grüße. — **B. W.** Ein Zeugnis muß der Unternehmer ausstellen, siehe § 113 der Gewerbeordnung. — **Martinhen.** Das Inserat kostet 1.20 Mk. — **Pirna, E.** Solche Anzeigen werden nur aufgenommen auf Grund der Formulare.

Anzeigen.

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitsuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Kürnbach.

Am **Sonntag, den 16. Februar, nachmittags 2 Uhr,** findet im Lokal **Zum Ochsen** unsere diesjährige

General-Versammlung

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Jahresbericht des Vorstandes. — 2. Kassenbericht vom 4. Quartal und Jahresbericht. — 3. Bericht über die Gaukonferenz. — 4. Wahl eines Delegierten zum Verbandstag. — 5. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Kollegen, erscheint in dieser Versammlung vollzählig, denn es liegen auch die Interimskarten der Mitglieder zur Einsichtnahme auf. **Der Vertrauensmann.**

Albert Baumann, Aue im Erzgebirge.

Neuheit!

Gesteinsbohrer-Härte- und Schärföfen.

Bei diesen Oefen kann **ein Verbrennen des Bohrstahles nicht** stattfinden. Der Bohrstahl behält immer seine Güte.

Wichtig für jeden Bohrbetrieb.

Fabrikation von **Härteöfen** und **Steinmetz-Geschirren.**

Technische Selbstunterrichtswerke
System Karnack-Hachfeld

Baugewerksmeister, Maurermeister, Bautechniker, Architekturzeichner, Polier, Tiefbautechniker, Strassenbautechniker, Wasser- u. Brückenbautechniker, Kultur- und Wiesenbautechniker, Stukkateur, Steinmetzmeister. Glänzende Erfolge. Prospekte und Anerkennungsschreiben gratis und franko. Ansichtssendungen.

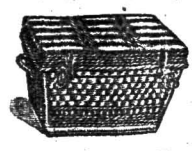
Bonness & Hachfeld, Potsdam. K. 2.

Spezialhaus für Berufskleidung

Eigene Anfertigung

Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.
Jacketts, Hosen

Emil Keidel, Hamburg 6, Bartelsstraße 101.



Reisekörbe

kauft man **direkt von der Fabrik,**
= Reisekorbpreisliste verlangend. =

Julius Tretbar, Grimma 627
Reisekorbfabrik.

Suche auf sofort

1 tüchtigen Steinmetzen

der **Schrift zeichnen** und **Granitschrift hauen** kann. Selbiger muß auch in **Grabsteinarbeiten** bewandert sein.

Reinhold Müller, Bildhauerei
Merseburg a. S., Clodigkauer Str. 2.

Tüchtige Pflastersteinschläger

finden gute und dauernde Beschäftigung, pro qm 2.80—3.00 Mk., aus gespälten Stücken, **bei freier Schmiedeschärfe.** Anfragen sind zu richten an

Arthur Lenk, Steinbruchsbesitzer
Schönbach-Sebnitz (Sächs. Schweiz).

Erklärung.

Ich Unterzeichneter nehme die in der Generalversammlung am 27. Januar gegen mehrere Kollegen gemachten beleidigenden Ausdrücke unter dem Ausdrucke des Bedauerns zurück.

Johann Purucker, Marktleuthen.

Widerruf.

Ich Unterzeichnete nehme hiermit die gemachten beleidigenden Aeußerungen gegen die organisierten Steinarbeiter zu Flossenbürg unter dem Ausdruck des größten Bedauerns zurück.

Gez. **Sophie Bock,** Steinhauersgattin in **Flossenbürg.**

Gestorben.

In **Demitz-Thumitz** am 8. Februar der Kollege **Jean Pringal,** 58 Jahre alt, infolge Selbstmords.

In **Kiel** am 31. Januar der Kollege **Paul Stein,** 32 Jahre alt, an der Schwindsucht.

In **Dresden** am 9. Februar der Kollege **Albert Lupitz,** 35 Jahre alt, an der Lungenschwindsucht.

In **Oberlungwitz** am 9. Februar der Kollege **Joseph Bertrul,** 54 Jahre alt, infolge herabstürzender Gesteinsmassen.

In **Annkirchen** am 28. Januar der Kollege **Joseph Geier,** 42 Jahre alt, infolge Unglücksfall.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Beilage zum „Steinarbeiter".

Nr. 7. **Sonnabend, den 15. Februar 1908.** **12. Jahrgang**

Wirtschaftliche Rundschau.

Fortschreitende internationale Diskontermäßigung. — Jahresstatistik des deutschen und englischen Außenhandels. — Roheisenerzeugung 1907 und Eisenmarkt. — Kohlensyndikat, Staatsgruben, Kohlenstatistik 1907.

Wir haben in letzter Zeit die Bewegungen des Geld- und Leihkapitalmarktes so häufig geschildert und zergliedert, daß wir uns heute damit begnügen können, ohne besondere Erläuterung, einfach durch Mitteilung der fortschreitenden Diskontherabsetzungen, das Nachlassen der ganz abnormen Anspannung zu verzeichnen.

Die Bank von England ließ ihrer ersten Diskontermäßigung, um 1 Proz. am 2. Januar, eine zweite Ermäßigung, abermals um 1 Proz., am 16. Januar folgen, und bereits am 23. Januar folgte ein dritter gleicher Schritt. Ein solches stufenweises Herabgehen um 3 Proz. binnen dreier Wochen wird kaum jemals im englischen Wirtschaftsleben dagewesen sein.

Deutschland folgte zögernder. Erst am 13. Januar ging man in der Reichsbankrate um 1 Proz. herab, erst am 25. Januar weiter um ½ Proz. Doch ist der Abstand zwischen den Londoner 4 Proz. und den Berliner 6 Proz. nunmehr ein so weiter, daß, ohne neue Zwischenfälle, wenig Grund zur Festhaltung einer solchen Zinsverteuerung vorliegt.

Die Bank von Frankreich, das große internationale Aushilfsreservoir für Gold, ging am 23. Januar von 3½ zu 3 Proz. über.

In den Vereinigten Staaten fließen den Depositenbanken wieder mehr Gelder zu, als von geängstigten Einlegern abgehoben werden. Der Schatzsekretär kann damit beginnen, die den Nationalbanken zeitweise reichlicher zur Verfügung gestellten öffentlichen Gelder allmählich wieder zurückzuziehen. Man erwartet sogar tagtäglich ein Wiederabströmen von überflüssig gewordenem Gold aus der Union, sei es zur Bezahlung europäischer Schulden an das gerade jetzt stark von Europa in Anspruch genommene Getreidelieferland Argentinien, sei es direkt nach Europa.

Wir stellen folgenden internationalen Ueberblick seit dem kritischen Oktoberschluß und dem Ausbruch der amerikanischen Panik zusammen — leider läßt sich für die Vereinigten Staaten selber, bei der Zersplitterung und Ungleichartigkeit des dortigen Bankwesens, kein maßgebender Zinssatz zur Vergleichung beifügen:

Offizielle Bankdiskontsätze in

	England Proz.	Deutschland Proz.	Frankreich Proz.
Vor der Panik	4½	5½	3½
Am 29. Oktober 1907 . .	4½	6½	3½
„ 31 „ „ . .	5½	6½	3½
„ 4. November „ . .	6	6½	3½
„ 7. „ „ . .	7	6½	4
„ 8. „ „ . .	7	7½	4
„ 2. Januar 1908 . .	6	7½	4
„ 9. „ „ . .	6	7½	3½
„ 18. „ „ . .	6	6½	3½
„ 16. „ „ . .	5	6½	3½
„ 23. „ „ . .	4	6½	3
„ 25. „ „ . .	4	6	3

Wichtiger scheint uns heute ein Eingehen auf verschiedene Produktionsstatistiken und -Mitteilungen, die in der Zwischenzeit veröffentlicht wurden.

Die deutschen Außenhandelsziffern für das ganze Jahr 1907 sind im Steigen geblieben, sowohl gegen 1906 wie noch mehr gegen 1905, und zwar in der Einfuhr wie in der Ausfuhr. Selbst der Schlußmonat 1907 steht, abermals in Einfuhr sowohl wie in Ausfuhr, ansehnlich über dem Dezember 1906. Anderseits fällt er doch gegen den vorangegangenen Monat (November 1907) ab: in der Ausfuhr besonders bei chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen, bei unedlen Metallen und Waren daraus (namentlich bei Eisen, von dem im Dezember über 130 000 Tonnen weniger exportiert wurden wie im November), bei Erzeugnissen der Landwirtschaft. Vorübergehende Zufälligkeiten, die keinen Rückschluß auf die allgemeine Konjunktur erlauben, spielen hierbei zweifellos eine große Rolle. Die Jahreswertziffern entziehen sich vollends allen weiter zurückgreifenden Vergleichen, da als Grundwerte für die Berechnung vorläufig meist ältere Preisnormen gewählt wurden, und da ferner seit dem 1. März 1906, seit dem neuen Zolltarif, die ganze deutsche Außenhandelsstatistik innerlich umgestaltet ist. Doch mögen die Jahresziffern Platz finden (in Millionen Mark):

	1905	1906	1907
Einfuhr	7 436,3	8 438,6	8 863,4
Ausfuhr	5 841,8	6 478,6	7 120,7
Gesamtaußenhandel (Ein- und Ausfuhr) . .	13 278,1	14 917,2	15 984,1

Die englische Außenhandelsstatistik zeigt, bei allen Abweichungen im einzelnen, eine gewisse Aehnlichkeit im Grundzuge. Auch hier überflügelt das Gesamtjahr 1907 seine Vorgänger. Es stellten sich, dem Werte nach

	Gesamtbetrag 1907 Mill. Pfd. St.	mehr gegen 1906 Mill. Pfd. St.
die Einfuhren	645.9	38.0 = 6,3 %
die Ausfuhr	426.2	50,6 = 13,5 %
die Wiederausfuhr (der Vermittelungshandel)	91.97	6,87 = 8,1 %

Aber viele dieser Steigerungen beruhen nur auf höheren Preisunterlagen, was zum mindesten bei der Einfuhr (gerade der diesmal stark verteuerten Lebensmittel) die Freude wesentlich abkühlen muß. Ferner fiel bei der Ausfuhr der Kohlenexport einseitig (durch Mengen- wie Preissteigerung) in die Wagschale, während die eigentlichen Fabrikate im Durchschnitt nur eine mäßige Exportvermehrung aufzuweisen hatten. Und endlich hält der Dezember 1907 in seinem immer noch bemerkbaren Ziffernwachstum gar keinen Vergleich mehr aus mit dem Aufschwung des Dezember 1906 oder des November und Oktober 1907. Es ist noch kein schlimmes Rückwärts, jedoch ein viel langsameres Vorwärts, das die englische Handelsstatistik in Uebereinstimmung mit fachmännischen Berichten feststellt.

Die deutsche Roheisenproduktion hat gleichfalls im Dezember eine leichte Abflauung gegen den November erfahren, während sie noch immer über dem Dezember 1906 stand und in ihrer jährlichen Gesamterzeugung über das Jahr 1906 emporragte. Nach den Ermittelungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller erzeugten Deutschland und Luxemburg 1906 12 473 067 Tonnen Roheisen, 1907 13 045 760 Tonnen. Der Dezember 1907 verzeichnete 1 106 375 Tonnen gegen 1 112 225 Tonnen im November 1907 und 1 064 638 Tonnen im Dezember 1906. Offenbar sind hier die Feiertage des Dezember das entscheidende gewesen. Denn daß ein Eisenminderbedarf in Deutschland damals noch nicht in Erscheinung trat, ergibt sich aus dem gleichzeitigen Wachstum des Ueberschusses der Roheiseneinfuhr über die Ausfuhr: Dezember 1906 12 213 Tonnen, Dezember 1907 22 067 Tonnen (November 1907 19 008 Tonnen) — im ganzen Jahre 1907 eine Mehreinfuhr von 166 012 Tonnen gegen eine Mehrausfuhr (ein Ueberwiegen der Ausfuhr über die Einfuhr) von 72 378 Tonnen im Jahre 1906. Nur die Preise waren also schon im abgelaufenen Jahre ins Abbröckeln geraten, nicht die im Inlande produzierten und vom Auslande herangezogenen Mengen. Doch trat das Roheisensyndikat mit einem überaus niedrigen Auftragsbestand in das jetzige Jahr ein; die Verbraucher warten auf weitere Preisnachlässe und wollen sich nicht, wie 1901, durch langfristige Abschlüsse binden lassen. Die Kölnische Zeitung kommt daher in einem Situationsbericht zu dem unumwundenen Zugeständnis: die deutsche Roheisenerzeugung werde sich nicht mehr auf der bisherigen Höhe halten lassen, zumal der Absatz der großen Werke in Fertigerzeugnissen ganz beträchtlich nachgelassen habe, die Werke also ihr Roheisen in bisherigem Umfange nicht weiter verarbeiten könnten und ein Arbeiten auf Vorrat sich nicht empfehle.

Für den Stahlwerksverband ergab sich sogar schon im Dezember ein niedrigerer Versand. Auch im neuen Jahre zeigte besonders der Halbzeugmarkt, in Zusammenhang mit dem abgeschwächten Geschäftsgang in den Walzwerken, eine große Flauheit. „Man lebt," schreibt man der Vossischen Zeitung aus Rheinland-Westfalen, „in Verbraucherkreisen noch immer der Hoffnung, daß der Stahlwerksverband mit den Preisen weiter heruntergehen wird; die Bestellungen gehen daher in mäßigem Umfange ein. Das Bild des Halbzeugmarktes hat sich in den letzten Monaten völlig verschoben; während im Januar manche Werke um Halbzeug noch verlegen waren, stehen jetzt ausreichende Mengen zur Verfügung, und während damals die Abnehmer mit dem Verbande ständig deswegen in Differenzen lagen, daß die Anlieferung unpünktlich und in ungenügenden Mengen erfolgte, ist es jetzt der Stahlwerksverband, der auf Abnahme drängt". Am flottesten scheint der Abruf noch beim Eisenbahnmaterial, also wesentlich seitens des Staates zu erfolgen.

Unerschüttert in seiner Preishochhaltung steht das Kohlensyndikat da, so daß selbst die Düsseldorfer Handelskammer, im Herzen der deutschen Montanindustrie, sich neuerdings zu einem Protest gegen die Preistreiberei bei sinkender Allgemeinkonjunktur aufraffte. Dennoch erklären die Syndikatsherren höchstens die Gewährung einer Ausfuhrbonifikation an ihre großindustriellen Abnehmer für diskutabel. Und wie es scheint, will die Leitung bei zurückgehendem Bedarf zunächst die Lager auffüllen, für die auf allen größeren Umschlagplätzen Räume vorhanden sind, ohne daß bei dem stürmischen Begehr bis in die letzten Monate hinein ihre Auffüllung besondere Fortschritte machte. Auch die Streikfurcht dürfte nach wie vor in die Syndikatspolitik mit hineinspielen. Anderseits verlautet, man wolle der nächsten Zechenbesitzerversammlung eine Erhöhung der bisher 10 Proz. betragenden Einschränkung vorschlagen.

Auch die „Staatsräson" meldet sich angesichts der unhaltbaren Verhältnisse wieder einmal in gewohnter schüchterner Weise, noch schüchterner wie seinerzeit bei dem unglücklichen Hiberniavorstoß. Dem preußischen Abgeordnetenhause ist am 22. Januar d. J. ein Gesetzentwurf für den Ausbau der fiskalischen Steinkohlenfelder in Rheinland-Westfalen zugegangen, und das Zentrum hat diesen Entwurf durch einen Antrag ergänzt, der ein ähnliches Ziel für Oberschlesien aufstellt. Was nützt das alles, wenn der Staat im Ernstfalle um die Wette und im Einklang mit den Syndikatsleitern alle Preiserhöhungen und Fördereinschränkungen mitmacht, ja, wie bisher, sogar an der Spitze der Preistreiber marschiert?

Da für die deutsche Kohlenproduktion soeben die abgeschlossenen Jahresziffern vom Reichsamt des Innern veröffentlicht werden, so mögen folgende Ergebnisse noch mitgeteilt sein. Im ganzen Jahre betrug die Ausbeute im Deutschen Reiche Tonnen:

	1907	1906
Steinkohlen	143 222 886	136 479 885
Braunkohlen	62 319 802	56 241 353
Koks	21 938 038	20 265 572
Preßkohlen	16 414 478	14 500 851

Die Steigerung ist also überall eine sehr ansehnliche. Auch der Schlußmonat Dezember stand hier wesentlich über dem Dezember 1906:

	Dezember 1907	Dezember 1906
Steinkohlen	11 806 431	10 794 531
Braunkohlen	5 462 042	4 889 457
Koks	1 912 877	1 754 464
Preßkohlen	1 382 295	1 154 561

Berlin, anfangs Februar 1908.

Max Schippel.

Die christlichen Gewerkschaften als Schutztruppe der politischen Reaktion.

I.

„Wir sind kein politischer, sondern ein Arbeiterkongreß. Aus diesem Grunde haben wir die Behandlung der Wahlrechtsfrage nicht für tunlich erachtet. Wie die Mehrzahl von uns darüber denkt, darüber besteht ja kein Zweifel. Aber **auf politische Dinge legen wir uns nicht fest.**" (Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Stegerwald, auf dem zweiten christlich-nationalen Arbeiterkongreß.)

Sind die christlichen Gewerkschaften politisch neutral? — Jeder christliche Dutzendredner wird diese Frage bejahen und seine Antwort mit einem Aufwand anscheinend beweiskräftiger Materials zu stützen versuchen. Kann er doch auf die unbestreitbare Tatsache hinweisen, daß die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sich aus allen möglichen bürgerlichen Parteien zusammensetzen, ja er verweist neuerdings auf den oben erwähnten Ausspruch Stegerwalds, um seine Behauptung zu bekräftigen. Auf den indifferenten Arbeiter kann diese Argumentation nicht ohne Eindruck bleiben, zumal wenn in einer Versammlung die Gegenseite ungeschickt und einseitig — wie das leider häufig geschieht — ihre Gegenargumentation führt. Es geht nicht an, einseitig die Behauptung aufzustellen: „Die christlichen Gewerkschaften sind Zentrumsorganisationen," niemals darf vergessen werden, daß sie sich ihrer politischen Struktur nach als ein ultramontan-antisemitisch-konservatives Gebilde darstellen und jede Einseitigkeit nur Wasser auf die Mühlen der christlichen Demagogie liefert.

Die politische Neutralität einer Berufsorganisation ist überhaupt ein Nonsens, das bestätigt selbst die Reichsregierung. In der Begründung des Entwurfs zu einem neuen Reichsvereinsgesetz sagt sie: „Eine Besprechung der Berufsinteressen . . . wird aber heute kaum möglich sein, ohne dabei auf politische Fragen einzugehen, indem gesetzgeberische Maßnahmen berührt oder gesetzliche Bestimmungen befürwortet oder bekämpft werden." So können auch die christlichen Gewerkschaften nicht ohne politische Betätigung bleiben und von ihrer angeblichen Neutralität verbleibt nur die Agitationsphrase!

Als Schutztruppe der politischen Reaktion sind die christlichen Gewerkschaften entstanden und dienen als solche heute noch! Darin liegt das Wesen der politischen Parteilichkeit der christlichen Gewerkschaften begründet. Nicht ihre Stellung zu den reaktionären Parteien, sondern deren Stellung zu ihnen charakterisiert sie als die Schutztruppe der politischen Reaktion! Führte doch das Parteiinteresse der letztern zur Gründung von christlich-nationalen Gewerkschaften, wofür Hunderte Belege zu erbringen wären. Namentlich die schlauen Demagogen der Zentrumspartei erkannten bald, daß sie um ihren Arbeiteranhang dauernd an ihre Fahnen zu ketten, ihn von seinen aufgeklärteren Klassengenossen künstlich fernhalten müssen. Gerade diese waren und sind es, die früher wie heute dem traurigen Handwerk der Arbeiterzersplitterung mit Eifer obliegen.

Ein typisches Beispiel für die Skrupellosigkeit der klerikalen Arbeiterzersplitterungsversuche liefert die Geschichte der gewerkschaftlichen Organisation der Ruhrbergleute. Am 18. November 1877 tagte in Essen eine Massenversammlung der Bergleute, die die Gründung einer Organisation beschloß. Der sozialdemokratische Agitator Hasselmann und der katholische Bergmann Rosenkranz, der auf christlich-sozialem (heutiges Zentrum) Boden stand, verlangten einen **konfessionslosen, politisch und religiös neutralen Verband,** ihnen aber trat der Zentrumsabgeordnete Stötzel entgegen, indem er ausführte: **„eine konfessionslose Vereinigung sei nicht zu empfehlen",** da ihr eine große Anzahl gutkatholischer Bergleute nicht beitreten würden. Also schon in der Gründungsversammlung versuchten klerikale Arbeiterzersplitterer Unfrieden und Bruderzwist zu säen. Die Motive hierzu verriet am nächsten Tag die Essener Volkszeitung. Das Zentrumsorgan sprach sich in seinem Bericht über die Versammlung entschieden **gegen eine politisch neutrale, also den Arbeitern aller Richtungen offenstehende Gewerkschaftsorganisation aus,** mit der Begründung, daß **eine neutrale Gewerkschaft nur der sozialdemokratischen Agitation zugute kommen würde!!!** Die interkonfessionelle, neutrale Gewerkschaft würde bald **„viele, viele christliche Mitglieder den Sozialdemokraten in die Hände liefern".**

Diese Argumentation der ultramontanen Demagogen ist zweifellos richtig. Arbeiter, die sich nur als solche und nicht als Anhänger eines Religionssystems oder einer politischen Partei, zu einer gewerkschaftlichen Organisation zusammenfanden, werden ihre Verhältnisse, werden alle politischen Vorgänge vorurteilslos betrachten und so bald herausfinden, daß sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften eins sind! **Eins insofern, als beide ihrem ganzen Wesen nach nichts weiter als eine ausgesprochene Interessenvertretung der Arbeiterschaft sind!** Politisch neutrale, aber gewerkschaftlich aufgeklärte Arbeiter würden zudem auf keinen Fall den Brotwucherparteien Wahlhilfe leisten oder Scharfmachervertretern den Steigbügel halten. Das hatten die geriebenen Zentrumspolitiker zuerst erkannt und deshalb ihr Kampf gegen die neutrale Gewerkschaft und ihre **Gründung einer Gegenorganisation.**

Unter dem Vorsitz des katholischen und **als Zentrumsanhänger bekannten** Bergmanns Rosenkranz hatte sich inzwischen eine vollständig neutrale Bergarbeitergewerkschaft im Ruhrgebiet gebildet und am 2. und 3. Februar 1878 fand die definitiv konstituierende Versammlung der Delegierten und geladenen Gäste statt. In der Debatte über das Verbandsstatut sprachen neben Rosenkranz die **Sozialdemokraten Hasselmann und Kerkhoff für einen gemeinsamen neutralen Verband aller Bergleute.** Die als Gäste Erschienenen, **Zentrumsredakteur Rittmeyer** und der Essener **Kaplan Laaf,** ein damals sehr einflußreicher Zentrumsführer, wandten sich **entschieden gegen eine einheitliche Organisation!** In seiner Rede kam Kaplan Laaf zu dem unvergeßlichen Ausspruch, **nicht nur aus religiösen Gründen, sondern als Parteimann sei er aus politischen Bedenken gegen den politisch neutralen Verband!!!**

Mit aller Deutlichkeit sagte also der Zentrumsführer, bei der Gewerkschaftsgründung verfolge er politische Zwecke, und da er sie in einem parteipolitisch neutralen Verband nicht erreichen könne, sei er dessen Gegner! Den Worten folgte die Tat. 1878 wurde dem neutralen Verband **ein klerikaler Keiltreiberverband** entgegengegründet, der aber bezeichnenderweise ohne Schwanengesang verschied, als der von Rosenberg geleitete neutrale Verband unter dem Sozialistengesetz zertrümmert wurde! Erst im Jahre 1890 erwachte er als Gewerkverein christlicher Bergarbeiter zu neuem Leben, nachdem ein Jahr zuvor — ebenfalls recht kennzeichnend — der Deutsche Bergarbeiterverband (alter Verband) sich neu konstituiert hatte.

So wird das wahre Motiv der christlichen Arbeiterzersplitterung schonungslos bloßgestellt, nicht etwa von „sozialdemokratischen Hetzern", sondern im 11. Jahrgang der Christlich-sozialen Blätter, Katholisches Zentralorgan, Heft 2 und 5, erschienen 1878. Damals wie heute, im Inland wie im Ausland sind für die Gründung christlicher Gewerkschaften die politischen Interessen einer reaktionären Partei maßgebend gewesen. Den Beweis hierfür erbringt die Kölnische Volkszeitung im 2. Blatt der Ausgabe vom 8. Dezember 1907. Sie bringt in diesem Blatt einen Artikel über spanischen Sozialismus, in dem es heißt:

„Fast alle Verbesserungen des Lohnes der Madrider Arbeiter sind von den Gewerkschaften ausgegangen und oft nach harten Lohnkämpfen errungen worden. Wenn früher die Maurer 11 Stunden täglich arbeiteten, so arbeiten sie jetzt nur 8 bis 9 Stunden täglich. Erhielten sie früher 3 bis 3.50 Pesetas, so erhalten sie jetzt 4.70 Pesetas pro Tag (1 Peseta = 80 Pfg.).

Es wird dann weiter ausgeführt, daß die — natürlich werden sie als sozialdemokratisch denunziert — Gewerkschaften etwa 30 000 Mitglieder haben, daß aber bei den Parlamentswahlen nur 7000 sozialdemokratische Wähler gezählt wurden, und ferner, daß ein großer Teil dieser Gewerkschaftler seine religiösen Pflichten erfülle. Trotzalledem. Trotzdem die Gewerkschaften zum Segen der Arbeiter wirken, trotzdem nicht nach der politischen und religiösen Ueberzeugung ihrer Mitglieder gefragt wird, wird verkündet, daß neuerdings eine christlich-soziale Gewerkschaftsbewegung entstanden sei und mit aufgeblasenem Stolz verkündet das Zentrumsorgan: **„Die Grundlagen zu einer systematischen Bekämpfung des Sozialismus sind so gelegt!"**

Was gehen uns die Vorgänge in den Jahren 1877/78, was geht uns Spaniens Gewerkschaftsbewegung an, werden die M.-Gladbacher Apostel sagen, wenn ihr beweisen wollt, daß die christlichen Gewerkschaften die Schutztruppe der politischen Reaktion sind! Schafft uns mehr Beweise!

Sie sollen sie haben!

Auch ein Haushaltungsbudget.

In Nr. 4 des Steinarbeiter wurde das Haushaltungsbudget einer Arbeiterfamilie veröffentlicht, deren Einnahme im Verhältnis zur Gesamtlage der Arbeiterschaft als günstig bezeichnet werden kann. Es gibt nicht allzuviel Arbeiter, die ein solches Einkommen haben.

Wir sind zwar nicht in der Lage, das Haushaltungsbudget eines Berufskollegen zu veröffentlichen, wohl aber das zweier Pfarrersfamilien. Diese beiden Budgets wurden vom Pfarrerverein für das Herzogtum Gotha an den Gothaischen Landtag zur Begründung einer geforderten Gehaltserhöhung geschickt, die jetzt das Gothaische Volksblatt in der Nr. 22 von 1908 aus Anlaß einer Anrempelung den Gewerkschaften gegenüber veröffentlicht. Der Herr Pfarrer Stier aus Friedrichsroda hielt am 18. Januar bei der Feier der Errichtung des Deutschen Reiches eine Festrede, in der er u. a. ausführte: „Wir dürfen und können eine solche demagogische Agitation nicht dulden, die mit den niedrigsten Mitteln an die niedrigsten Instinkte sich wendet. Die wie keine andre verwirrend und verwildernd auf die Volksmassen wirkt. Die allen Glauben an die sittlichen Grundlagen des Staates und der Gesellschaft zerstreut. Die Hohn und Haß gegen alle nationalen und patriotischen Gefühle großzieht. Das ist es, was wir als eine Schmach des deutschen Namens empfinden, daß in unsrer Volksvertretung Männer sitzen, die bei jeder, theoretischen oder praktischen, Streitfrage sich auf die Seite des Gegners stellen und gegen das eigne Vaterland Partei ergreifen!!"

Man beachte: Diese häßlichen und beleidigenden Worte sind nicht gefallen im heißen Wahlkampfe der Parteien, nicht von einem bürgerlichen Politiker, sondern von einem Diener Gottes. Auf diese Anrempelung hin brachte dann das Volksblatt diese beiden Haushaltungspläne. Wir können freilich die ins kleinste Detail ausgearbeitete Aufstellung nur im Auszug bringen. Nur der erste Teil für Nahrung soll vollständig veröffentlicht werden:

Ausgabeetat einer jungen Pfarrfamilie.

(Vater, Mutter, 3 unerwachsene Kinder und Dienstmädchen.)

I. Nahrung.

Mittagessen: Fleisch 2 Pfund à 64 Pfg.	= 1.28 Mk.	1.67 Mk.	
Gemüse	0.20 „		
Kartoffeln	0.09 „		
Suppe	0.10 „		
Morgenkaffee: 3 Erwachsene (Vater, Mutter, Dienstmädchen)			
à 2 Weck = 5 Pfg. mal 3	= 0.15 Mk	39	0.60 Mk.
à 1/4 Liter Kaffee u. Milch à 8 Pfg.	0.24 „		
3 Kinder			
à 1 Weck = 3 mal 3 Pfg.	0.09 Mk.	21	
à 1/4 Liter Milch = 4 mal 3 Pfg.	0.12 „		
Vormittag-Essen: 3 Erwachsene			
3 Butterbrot à 5 Pfg. mal 3	= 0.15 Mk.	0.30 Mk.	
3 Kinder			
3 Brot mit Aepfeln à 5 Pfg. mal 3	= 0.15 „		
Mittagskaffee: wie morgens	0.60 „		
Abendessen: 3 Erwachs. 3/4 Pf. Wurst (0.96)	0.77 Mk.	1.06 Mk.	1.45 Mk.
Kartoffelsalat mit Zutaten	0.20 „		
Brot	0.09 „		
3 Kinder			
à 1/4 Liter Milch = 4 mal 3	0.12 Mk.	0.39 Mk.	
3 Eier à 6 Pfg.	0.18 „		
Brot	0.09 „		

Gesamt-Nahrung pro Jahr 365 mal 4.62 Mk. = **1668.30** Mk.

II. Kleidung.

Für Anzüge, Kleider, Schuhe, Mäntel, Unterkleider usw. jährlich	305.80 Mk.

III. Feuerung.

Kohlen, Holz, Zerkleinern des Holzes	180.— Mk.

IV. Verschiedenes.

Beleuchtung, Dienstmädchen, Doktor u. Apotheke, Steuer, Zeitung, Bücher, Wein, Bier, Zigarren, Vergnügungen und anderes mehr	1106 10 Mk.
Summa:	**3260.10** Mk.

Das zweite Budget, für eine ältere Pfarrersfamilie, ist auf der gleichen Basis aufgestellt und braucht eine solche, Mann, Frau, Dienstmädchen und drei erwachsene Kinder:

Gesamtnahrungsmittel	**3162.55** Mk.
Kleidung	736.80 „
Feuerung	180.— „
Beleuchtung, Steuer, Dienstmädchen, Bücher, Wein, Bier, Vergnügungen usw.	1658.50 „
Summa:	**5735.85** Mk.

Bemerkenswert an diesem Budget ist, daß die Pfarrer auf dem Standpunkt stehen, **zu einem standesgemäßen Leben gehören mindestens täglich zwei Pfund Fleisch, natürlich darf die Flasche Wein nicht fehlen.**

Mit diesen Aufstellungen vergleiche man die Löhne der Arbeiter, die doch alle Werte erst schaffen müssen, und der Unterschied wird wohl jedem einleuchten. Darum Arbeiter, geht hin und tut desgleichen. r.

Zur Arbeitslosenunterstützung.

Viele Artikel wurden schon zum Verbandstag geschrieben, doch gefallen mir die am meisten, welche die Arbeitslosenunterstützung behandeln. Die Artikelschreiber betonen immer, daß eine Erhöhung der Beiträge eintreten müsse. Ich bin jedoch da andrer Ansicht und erlaube mir zu fragen: Könnte man vielleicht auf einer andern Seite nicht etwas sparen, um damit den Mitgliedern bei Arbeitslosigkeit etwas zukommen zu lassen? Die jüngeren oder unverheirateten Kollegen ergreifen bei Arbeitslosigkeit den Wanderstab und können darauf rechnen, die Reiseunterstützung in Empfang zu nehmen. Was machen dagegen die Verheirateten, wenn sie arbeitslos werden? Diese können doch nicht Weib und Kind nehmen und auf die Wanderschaft gehen!

Warum haben wir denn trotz eifriger Agitation nur ein langsames Steigen unsrer Mitgliederzahl? Die größten unter den großen Geistern rechnen es dem Unverstand der Massen an. Oftmals kann man lesen: diese oder jene Zahlstelle ist wiederum sanft entschlafen. Die Angst, arbeitslos zu werden, schreckt in den meisten Fällen die Kollegen ab, für den Verband zu werben. Man wird da betonen, es gibt doch Maßregelungsunterstützung. Doch wie es mit dieser steht, davon wissen viele ein Liedchen zu singen. Die Zentralleitung glaubt Fortschritte zu machen, wenn sie die Daumen auf den Geldbeutel drückt. Wer das glaubt, kann es ruhig tun, ich bin jedoch andrer Meinung.

Kollegen, wenn ich einleitend betonte, daß wir sparen könnten, so darf ich auch nicht unterlassen, anzugeben, an welchen Stellen wir sparen können.

1. An den Gaukonferenzen wäre ein ganz schönes Sümmchen zu sparen. Ich frage: Was nützen uns denn diese? Ist denn schon auf einer Konferenz ein definitiver Beschluß gefaßt worden, der der Allgemeinheit hilft? Nein, die Konferenzen haben den einzelnen Zahlstellen nur Geld gekostet. Rechnen wir 860 Zahlstellen und auf jede Zahlstelle 12 Mk. Unkosten, so ergibt das 4320 Mk. jährlich. Es ist dies aber nur niedrig gerechnet. (Gaukonferenzen finden im allgemeinen nur aller zwei Jahre statt. Redaktion.)

2. Die Agitation für 1906 hat laut Abrechnung 25 969.80 Mk. gekostet und um wie viel hat der Verband zugenommen? Sage und schreibe um 4308 Mitglieder. Es hat sonach jedes Mitglied zirka 6 Mk. gekostet (1907 wird die Summe weit höher sein). Hier wird das bereits erwähnte: Furcht vor Arbeitslosigkeit, ebenfalls wieder zutreffen. Hier könnten wir ebenfalls bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung zwei Fünftel an Agitationsunkosten sparen und das wären 8600 Mk.

3. Wenn man die Umzugskosten der Gauleiter oder unsrer Beamten studiert, so sind diese ebenfalls etwas hoch. Die Möbel könnten um die Hälfte billiger transportiert werden. Die gemaßregelten Kollegen müssen es ja auch so machen. Also einige 100 Mk. sind auch hier zu sparen.

4. Der Verbandstag kann statt aller zwei, aller drei Jahre stattfinden. Dieser kostete 1906 8000 Mk. Hier können also ebenfalls 4000 Mk. gespart werden.

5. Bei der Maßregelungsunterstützung, welche dann in Wegfall käme, rechne ich ebenfalls 25 969 Mk.

6. Die Krankenunterstützung ist heute schon eine Arbeitslosenversicherung. Wir bezahlen pro Woche 10 Pfg. Beitrag hierzu. Bei 20 000 Mitglieder ergibt dies 104 000 Mk. jährlich.

7. Die Reiseunterstützung, welche ich noch hierzu rechne, betrug 1906 8800 Mk.

Es ergibt sich somit an Ersparnissen in den sieben angeführten Zweigen eine Summe von 155 689 Mk.

Kollegen, würden wir die Beiträge um 5 Pfg. wöchentlich erhöhen, so kommen nochmals 52 000 Mk. dazu und man hätte über 200 000 Mk. für die Arbeitslosenunterstützung. Würden wir dann für einen Verheirateten täglich 1.20 Mk., für einen Ledigen 80 Pfg. rechnen, so würde das vor der größten Not schützen. Rechnen wir durchschnittlich 1 Mk. pro Tag, so könnten 3300 Kollegen, jeder mit 6 Wochen, unterstützt werden. Das würde viel mehr helfen, als die ganze Agitation. Da würden auch die Frauen nicht mehr so wie jetzt Gegner der Organisation sein. Man kann es den Frauen oftmals nicht verdenken, wenn sie den Mann mißmutig machen.

Ferner würden wir mit der Arbeitslosenunterstützung bessere Zahlstellen und dadurch kürzere Streiks haben.

Das ist meine Meinung als Granitarbeiter.

H. Sch., Baumholder.

Zu den Unterstützungseinrichtungen.

Zu den vielen Fragen und Anträgen, mit denen sich unsre Fachpresse aus Anlaß unsres bevorstehenden Verbandstages beschäftigt, möchte ich mir erlauben, zu einigen Stellung zu nehmen. Zunächst zu den Vorschlag auf Einführung der Erwerbslosenunterstützung. Darüber wird wohl in Kassel am meisten diskutiert werden, und es würden die Kollegen mit Freuden begrüßen, wenn diese Unterstützung zur Einführung gelangte. Aber da können meiner Ansicht nach mindestens noch drei Jahre vergehen, ehe dieselbe zur Einführung gelangen kann.

Eine Erhöhung der Beiträge ist aber momentan ein Ding der Unmöglichkeit. Wir haben noch zurückgebliebene Orte, wo die Löhne recht miserabel sind und die jetzigen Beiträge schon äußerst schlecht eingehen. Der gute Wille, wenn man für eine solche Neueinrichtung eintritt, tut es noch nicht. Man muß die praktische organisatorische Seite in den Bereich der Erörterung stellen. Und da meine ich: jetzt ist noch nicht daran zu denken, daß die Erwerbslosenunterstützung eingeführt wird. Und dann noch ein andres Moment. Momentan stehen wir mit einem Fuße so ziemlich in der Krise, und da nimmt man Aenderungen von solch fundamentaler Bedeutung innerhalb des Verbandes nicht mit so großer Leichtigkeit vor. Ich bin ein großer Freund der Erwerbslosenunterstützung, aber nach reiflicher Ueberlegung sage ich mir, jetzt kann sie nicht zur Einführung gelangen. Wir wollen den Mitgliederbestand noch um 10 000 erhöhen, dann kann die Frage eher spruchreif sein.

Sehr wohlwollend stehe ich dem Ausbau der Reiseunterstützung gegenüber. Ich möchte dafür plädieren, daß der Unterstützungssatz auf 1 Mk. pro Tag erhöht werden möchte. So mancher reisende Berufskollege hat schon im entferntesten Winkel mit großer Begeisterung und dementsprechenden Erfolg das Evangelium des Verbandes gepredigt. Wer die Leiden der Landstraße kennt, weiß, was es heißt, wenn der Verband für die Reisenden noch mehr als wie bisher sorgen würde. Die ehemals gereisten Kollegen bilden meistens den sichersten Grundpfeiler im Verband.

Hasserode. Hugo Thalheim.

Korrespondenzen

Heppenheim. Aeußerst stark war die gemeinschaftliche Versammlung der Zahlstellen Heppenheim und Kirschhausen am 24. Januar besucht. Es handelte sich darum, den Bericht der Tarifkommission entgegen zu nehmen. Der Bericht war leider kein erfreulicher. Die Unternehmer kündigte 50 Prozent der Gesamtbeschäftigten, **das war ein Tarifbruch in unerhörtester Art.** Mit diesem Trick sollte bezweckt werden, daß die Kollegen den von den Unternehmern stark reduzierten Tarif annehmen sollten. Das „forsche" Auftreten des Herrn Leonhold wurde gebührend gekennzeichnet. Der Gauleiter Kollege Sarfert schildert in eingehender Weise den ganzen Stand der Lohnbewegung und kommt zu dem Schluß, daß die Unternehmer mit all ihren taktischen Maßnahmen uns eine Niederlage nicht beibringen können. Vom Zentralvorstand war Staudinger erschienen, dieser rät davon ab, daß die 50 Prozent Beschäftigten jetzt kündigen sollen. Es müsse nochmals eine Verhandlung angebahnt werden, wir sind jederzeit in der Lage, unsre Taktik ändern zu können. Die Anwesenden stimmten dieser Anschauung erst nach langer, teilweise sehr bewegter Debatte zu. Am andern Tage fanden dann mehrstündige Verhandlungen mit den Meistern statt. Die Kündigung wurde rückgängig gemacht. Ueber einige Punkte des Tarifes behielten sich die Meister noch Bedenkzeit vor.

Kaiserhammer. Im Egertal tagte am 2. Februar unsre Monatsversammlung. Kollege Purucker hielt ein vortreffliches Referat über: Die Krisen und deren Wirkungen. Die Debatte war lebhaft. Die gestellten Anfragen wurden vom Referenten zuverlässig beantwortet. Im 2. Punkt kam die Anstellung eines Gauleiters in Frage. Hoffentlich unternimmt der Vorstand unsres Verbandes baldigst Schritte zur Anstellung eines solchen. Im Fichtelgebirge und der Oberpfalz sind noch genügend Kollegen zu gewinnen. Der Kassierer gab die Abrechnung. Buch und Kasse befanden sich in tadelloser Ordnung.

Marktleuthen. Am 27. Januar tagte im Lokal des Arbeitergesangvereins unsre diesjährige Generalversammlung, welche nur mäßig besucht war. Es wird an dieser Stelle dringend gebeten, die Versammlungen besser und pünktlicher zu besuchen. Kollege Purucker gab in kurzen Worten einen Ueberblick über die Entwicklung der Zahlstelle im verflossenen Jahre. Kassierer Benker gab die Abrechnung vom 4. Quartal 1907 bekannt, welche von den Revisoren geprüft und für richtig befunden war. Es wurde dann noch über zwei Anträge diskutiert, welche zum Verbandstag gestellt werden sollen. Die Anträge, welche die Krankenunterstützung betreffen, wurden angenommen, bezw. die Stellung derselben befürwortet. Beim 3. Punkt der Tagesordnung: Wahl der Vorstandschaft, wurde unser seitheriger pflichtgetreuer Vorsitzender, Kollege Karl Purucker, wiedergewählt. Als Kassierer funktionierte bisher Georg Benker sen., welcher einstimmig wiedergewählt wurde; beide nahmen die Wahl an. Als Schriftführer wurde Georg Benker jun. gewählt.

Wurzen. Am 26. Januar hielten die Steinarbeiter des Wurzener Bezirks ihre erste diesjährige Generalversammlung in Wurzen mit folgender Tagesordnung ab: 1. Kassen- und Revisorenbericht vom 4. Quartal; 2. Jahres-, Geschäfts- und Kassenbericht; 3. Die örtliche Lokalkasse; 4. Neuwahl der Bezirksleitung und der Revisoren für 1908; 5. Wahl der Delegierten zur Gaukonferenz; 6. Der Verbandstag und Aufstellung zweier Delegierten zu demselben. Kollege Noack gab den Bericht über die Abrechnung vom 4. Quartal. Die Einnahme betrug 3817.51 Mark, die Ausgabe 3243.54 Mark, mithin ist ein Kassenbestand von 573.97 Mark vorhanden. Die Revisoren bekundeten, daß sie alles in Ordnung gefunden haben. Nunmehr gab Noack einen ausführlichen Jahresbericht. Der Steinarbeiterverband von Wurzen und Umgegend könne mit Stolz auf das verflossene Jahr zurückblicken, denn zu Anfang des Jahres versuchten einige Unternehmer wieder, wie es ihnen leider in früheren Jahren mehreremal gelungen ist, die Zertrümmerung unsrer Organisation in die Wege zu leiten. Am Ende des Jahres könne aber die Bezirksleitung konstatieren, daß es gelungen ist, den Unternehmern, vornehmlich Herrn Wolf in Wildschütz, der in die Lage gekommen ist, für seine eignen Kinder eine Privatschule zu bauen und einen eignen Lehrer zu halten, klar zu machen, daß nicht nur die Unternehmer berechtigt sind, von dem Koalitionsrecht Gebrauch zu machen, sondern auch die Arbeiter ein Recht dazu haben. Einzelne Unternehmer haben eingesehen, daß die Organisation in dem Wurzener Bezirk zu einem Faktor geworden ist, mit dem sie jetzt rechnen müssen. Auch Herr Zachmann habe vor kurzem der Leitung erklärt, daß es den Unternehmern viel „lieber" sei, wenn sämtliche Leute organisiert seien, denn **er wisse z. B. genau, daß mit den Organisierten ein viel besseres Auskommen sei, als mit den Unorganisierten, und in der Regel seien die Organisierten auch die tüchtigsten Arbeiter.** Er wünsche, daß der Verband versuche, einen einheitlichen Tarif im Bezirk zustande zu bringen, erst dann werde Ruhe werden. Nicht lange wird es dauern, führte Noack weiter aus, so werden auch die Arbeiter in der Aktiengesellschaft zu der Ueberzeugung kommen, daß sie mit den Frühstücksreden und den Prozenten des Direktors Lutznie sehr übel fahren, denn es stehe schon lange fest, daß in andern Betrieben mehr Lohn bezahlt wird, als bei Herrn Lutznie. Was dort das Jahr über an Lohn weniger bezahlt wird, das soll den Leuten durch ein paar Prozent „ersetzt" werden. Was die Nichteinhaltung der Bundesratsverordnung anbetrifft, so könne er (Redner) konstatieren, daß ebenfalls durch das scharfe Eingreifen der Leitung Besserungen eingetreten seien. Auch die Lichtarbeit sei wesentlich zurückgegangen. Auch bei dieser Frage ist Herr Lutznie derjenige, der nichts nach den gesetzlichen Bestimmungen gefragt hat, indem er bekannt gab, daß das Verbot der Gewerbeinspektion nichts zähle, es könnte eben bei Licht gearbeitet werden, und er hat sogar durch Anschlag bekannt gegeben, daß er alle die Leute bestrafen will, die nicht mit ihrer eignen Laterne den Betrieb verlassen. Die Arbeiter müssen ja auch das Oel das Jahr über selbst bezahlen, denn sie bekommen ja ein paar Mark Weihnachtsgeschenk. Auch die Schießvorschriften werden jetzt bei Zachmann am Breiten- und Weinberg eingehalten. Gewiß ein Zeichen, was für Wert eine Organisation hat. Die Mitgliederbewegung gestaltet sich folgendermaßen: Bestand am Jahresschluß 1906 420, neu hinzugetreten 251, verzogen, abgereist, abgemeldet und gestrichen 146, bleibt ein Bestand von 525 Mitgliedern. Hierzu bemerkte Noack, daß in bezug auf Agitation wenig unternommen worden sei, da die Leitung fortwährend mit den Angriffen der Unternehmer zu tun gehabt hat. Am besten haben sich Röcknitz, Grimma und Wurzen entwickelt. Versammlungen sind 14 öffentliche abgehalten worden; ferner 220 Besprechungen und zwei Protestversammlungen. Weiter ein Bezirksfest und vier Ortsvergnügen, die alle, ohne Unterstützung der andern Gewerkschaften, sehr gut besucht waren. Briefe sind 220 abgesandt worden, Postkarten 190, Pakete 185; Telephongespräche haben sich 25mal nötig gemacht. Eingegangen sind 74 Briefe und 81 Postkarten. Das Einvernehmen zwischen der Leitung und den Ortskassierern sei durchaus gut. Die Mitglieder erstrecken sich auf 30 Orte in einem Umkreis von 8 bis 10 Stunden; sie werden von 20 Ortskassierern kassiert. Die Gelder werden von dem Bezirksleiter aller 14 Tage bei den Ortskassierern abgeholt. Säle stehen 7 zur Verfügung. In Röcknitz, in dem allein über 100 Mitglieder zu verzeichnen sind, ist es bis heute noch nicht gelungen, einen Saal zu gewinnen. Aus diesem Grunde haben sich die Arbeiter von Röcknitz und Umgegend zusammengeschlossen und einen Konsumverein gegründet. Auch soll in nächster Zeit die Frage eines Kasinovereins besprochen werden. Zu begrüßen sei, daß dem neugegründeten Konsumverein von einem Bürger in Röcknitz 1000 Mark zur Verfügung gestellt worden sind. Kollege Noack wies noch auf die Konsequenzen des Gewerbegerichtsprozesses zwischen der Firma Zachmann und einem Unterakkordanten hin und forderte am Schlusse seiner Ausführungen die Anwesenden auf, dafür zu sorgen, daß sich der letzte Mann der Organisation anschließt. Das Jahr 1907 habe bewiesen, was für einen Wert eine gute Organisation für die Arbeiter hat. Hierauf gab er den Jahreskassenbericht, welcher hektographiert an die Mitglieder verteilt werden soll. Es ist aus diesem zu entnehmen, daß eine Einnahme von 8303.65 Mark zu verzeichnen ist. Bestand am 31. Januar 1906 472.55 Mark, also insgesamt 8776.20 Mark, denen eine Ausgabe von 8202.23 Mark gegenüberstehe. Es bleibt ein Kassenbestand von 573.97 Mark. An die Hauptkasse sind eingesandt worden 5043 Mark.

Bei Punkt Gaukonferenz, die in Beucha stattfindet, wird vorgeschlagen, sechs Delegierte zu entsenden. Dem wird zugestimmt. Es werden gewählt die Kollegen Pfeiffer, Hennig, Keil, Steindl, Döznitz und Noack. Es wird allgemein gewünscht, daß sich die Delegierten in bezug auf die Zustände des 4. Gaues in genügender Weise aussprechen sollen. Nunmehr schritt man zum letzten Punkt: Verbandstag. Kollege Noack gab zunächst die Einleitung und machte bekannt, daß am 6. April und folgende Tage der Verbandstag in Kassel tagt. Unser Bezirk bildet den 24. Wahlkreis und sei Alsleben und Löbejün zugeteilt worden. Es seien dies zwei kleine Zahlstellen und haben sich selbige bis jetzt noch nicht an uns gewendet betr. der Delegiertenwahl. Es sind zwei Delegierte zu wählen. Es entspann sich hierüber ebenfalls wieder eine längere Debatte, aus der hervorgeht, daß allgemein gewünscht wird, daß die Krankenunterstützung verbessert wird und die Erwerbslosenmarken entweder in Wegfall kommen oder daß sie als volle Marke angerechnet wird. Da voraussichtlich auf diesem Gebiete schon Anträge genug einlaufen werden, wird Abstand genommen, einen Antrag zu stellen. Auch sprechen sich die Anwesenden nochmals eingehend über die hiesigen Finanzverhältnisse aus und wird folgende Resolution einstimmig angenommen, die als Material zum Verbandstag dem Hauptvorstand überwiesen werden soll: „Die am 26. Januar stattgehabte Generalversammlung des Wurzner Bezirks wünscht, daß der Verbandstag, der am 6. April und folgende Tage in Kassel tagt, Mittel und Wege schafft, damit derartig große Bezirke, wie zum Beispiel der Wurzener, der 8 bis 10 Stunden im Umkreis groß ist und aber doch im Interesse des Verbandes und im Interesse der hiesigen Mitglieder zusammengelegt werden mußte, mehr von der Zentralkasse, in bezug auf Agitation, bis zu einer bestimmten Mitgliederhöhe, unterstützt wird. Auch wird gewünscht, daß das Gehalt der Bezirksleiter vom Verbandstag geregelt wird."

Es wurden als Kandidaten zum Verbandstag für den 24. Kreis die Kollegen Richard Noack und Philipp Pfeiffer einstimmig aufgestellt. Als man noch kleine Dinge besprach und geregelt hatte, ergriff Kollege Noack das Schlußwort. Er dankte den Kollegen für das große Interesse, das sie der Organisation gegenüber gezeigt hätten. Wenn auch scharfe Auseinandersetzungen stattgefunden hätten, so könne das nur von Nutzen sein. Auch die noch ungünstigen Finanzverhältnisse der hiesigen Kasse werden überwunden werden. Mögen die Kollegen mit der gesamten Bezirksleitung in bezug auf Werbung neuer Mitglieder in der bisherigen Weise weiterfahren, so wird es nicht lange dauern, und der Wurzener Bezirk wird mit als größter des Zentralverbandes Deutscher Steinarbeiter an der Spitze marschieren. Mit einem Hoch auf den Deutschen Steinarbeiterverband schloß der Vorsitzende, Kollege Pfeiffer, die imposante Versammlung.